

VORAN

MARXISTISCHE ZEITUNG FÜR SPD, JUSO UND GEWERKSCHAFT

Nr.58

Juli / August 1982

Preis 1DM

Solidaritätspreis: 1,50 DM

Machtwechsel in Bonn ?

BRUCH MIT DER FDP!

Die FDP rüstet sich für den Wechsel zur CDU. Nach CDU/FDP-Koalitionen im Saarland und in Niedersachsen, parlamentarischer Duldung des CDU-Senats in Berlin und der "offenen" Koalitionsaussage in Hamburg hat die FDP jetzt auch die letzte auf Länderebene noch bestehende SPD/FDP-Koalition in Hessen aufgekündigt.

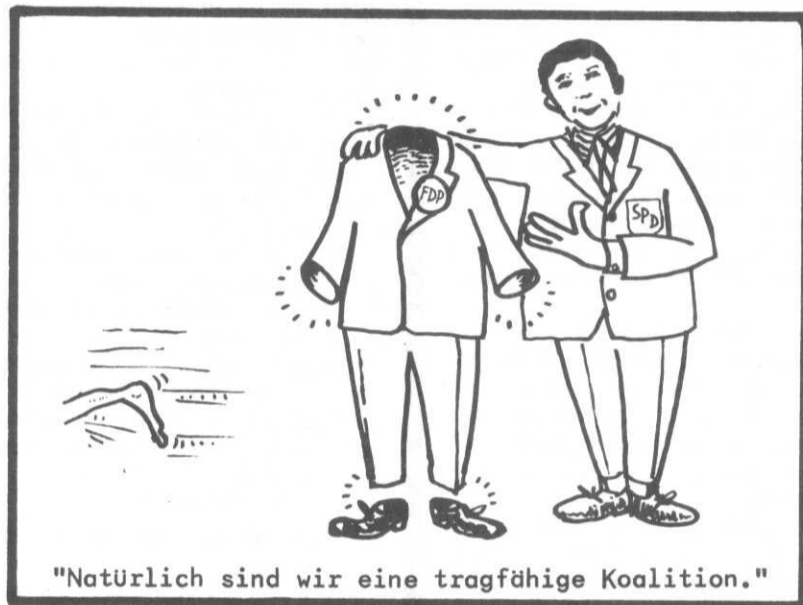
Die Begründung der hessischen FDP ist mehr als scheinheilig: die ach so linken wirtschaftspolitischen Beschlüsse des Münchener Parteitags, an denen Holger Börner mitgewirkt habe.

Als Herbert Wehner in einem Brief an die SPD-Fraktion die Frage aufwarf, ob die FDP noch zur Bonner Koalition stehe, reagierte sie "empört": dies sei ein Bestandteil eines "massiven Pro-

pagandafeldzuges der Sozialdemokraten" gegen die FDP, es stoße viele FDP-Mitglieder von der Koalition ab, weil nun deutlich werde, daß die SPD die FDP "gnadenlos" nur als Mehrheitsbeschaffer benutze.

In der Tat: "Gnadenlos" hat die SPD der FDP vier Ministersessel aufgedrängt; "gnadenlos" hat sie ihr ein Zugeständnis nach dem anderen aufgezwungen...

Vielleicht ist die Koalition schon auseinandergebrochen, wenn diese VORAN-Ausgabe die Leser erreicht. Früher oder später wird die FDP jedenfalls überlaufen. Denn in den Augen des Kapitals hat die SPD als "fairer Koalitionspartner" ihre Schuldigkeit getan. Sie ist nicht länger in der Lage, besonders die Jugend und die organisierten Arbeiter



ruhig zu halten. Die SPD-Basis ist eine echte bürgerliche Regierung. ein Unsicherheitsfaktor geworden. Wenn die SPD-Führung jetzt im Haushalt '83 noch brutale

soziale Grausamkeiten mitmacht, und die Koalition den Sommer übersteht, dann bekommt unsere Parteiführung im Herbst die doppelte Quittung: noch größere Stimmverluste in Hessen und Bayern – und den Fußtritt von der FDP.

Die SPD muß spätestens jetzt in die Offensive gehen und die Koalition von sich aus kündigen. Sie sollte auf Neuwahlen drängen – denn es darf nicht einfach ein Machtwechsel auf "kaltem Wege" geben.

In diesem Wahlkampf muß die FDP ohne Rücksichten gegen beide Parteien des Kapitals kämpfen. Sie muß aber auch ganz klare Alternativen aufzeigen und die Politik aufgeben, die ihr ständig Wahlniederlagen eingebracht hat. Die einzige Chance Neuwahlen zu gewinnen, liegt in einem Programm gegen Sozialabbau und Aufrüstung, gegen Arbeitslosigkeit und Umweltverschmutzung. Nur ein sozialistisches Programm, ein klarer Bruch nicht nur mit der Partei des Kapitals, sondern auch mit dem Kapitalismus selbst kann noch einen Ausweg bieten.

Olaf Meindl, Remscheid

Hamburger Wahl:

LETZTER WARNSCHUSS FÜR DIE SPD

42,8% – das ist das schlechteste Hamburger Bürgerschaftswahlergebnis für die SPD seit 1949. Gegenüber 1978 hat jeder sechste SPD-Wähler "seiner" Partei den Rücken gekehrt (insgesamt ca. 86 000 Stimmen).

Laut Infas-Institut blieb die Gruppe der Nichtwähler mit 22,4% zwar fast genauso stark wie 1978, deren Struktur jedoch hat sich dramatisch verändert: ehemalige und potentielle SPD-Wähler sind unter den Nichtwählern diesmal viel stärker vertreten. Im Villenvorort Nienstedten lag die Wahlbeteiligung bei 94% (CDU-Anteil 64%), im Arbeiterviertel Billbrook dagegen bei nur 56% (SPD-Stimmenanteil 58%). Die CDU konnte also ihr Wählerpotential fast völlig ausschöpfen; der SPD liefen die Stammwähler in Scharen weg.

Den stärksten Einbruch erlebte die SPD bei den Jugendlichen bzw. jüngeren Wählern, traditionell ihr wichtigstes Wählerreservoir. Während die von der SPD enttäuschten älteren Arbeiter eher gar nicht zur Wahl gingen, setzten viele junge Leute auf die GAL, die zum Sammelbecken für Protestwähler aller Schattierungen wurde und 7,7% erreichte.



In der Gruppe der 25 – 34 jährigen lag der SPD-Anteil mit 40,1% um 14,2% niedriger als 1978! Gut jeder vierte Hamburger Wähler unter 35 Jahren wählte diesmal die Grün-Alternativen, die in Hamburg ein relativ linkes Profil haben. Bei den Erstwählern (18 – 22 Jahre) ist das Bild noch dramatischer: SPD 40%, GAL 30%, CDU 23% (!)

Also keine Spur von Rechtsruck bei der Jugend! Für die SPD-Führung sollten diese Ergebnisse eine letzte Warnung sein; denn, "wer die Jugend hat, der hat die Zukunft!"

Sue Powell / Joachim Heuck
SPD-Mitglieder aus Hamburg

AEG-KONZERN VERSTAATLICHEN!

"Der Fall AEG wird privatwirtschaftlich gelöst." Dieser Meinung war Hans Friedrichs, Chef der Dresdener Bank, als er vor gut zwei Jahren Aufsichtsvorsitzender der AEG wurde. Denn so lange gibt es den "Fall AEG" bereits.

Die ganze Entwicklung seither bestätigt daß die Marktwirtschaft keine Lösung bietet. Tatsache ist, daß

- in den letzten Jahren 20 000 Arbeitsplätze bei AEG abgebaut wurden;
- die Belegschaft freiwillig auf soziale Leistungen verzichtete und der Betriebsrat schon zu "kooperativ" war;
- die Betriebsrenten um 2/3 (!) gekürzt wurden, was dem Konzern 1,1 Mrd. DM Rentenzahlungen ersparte.

Massenentlassungen

Trotzdem kommt AEG nicht aus der Krise. Wieder stehen Massenentlassungen bevor. Die Schließung der AEG-Tochtergesellschaft Zanker in Tübingen (Waschautomaten) ist schon beschlossene Sache, ebenso wie die Massenentlassungen bei der AEG-Tochter Küppersbusch in

Gelsenkirchen. Allein dadurch werden fast 2 000 Arbeitsplätze verloren gehen.

"Sanierung"

Die jetzigen Sanierungspläne machen die Absichten von Konzernleitung und beteiligten Banken deutlich: Der Konzern wird geteilt. Die (profitablen) technischen Bereiche mit 11,2 Mrd. DM Umsatz werden zur "AEG-Technik" zusammengefaßt, an der sich andere private Gesellschaften beteiligen sollen. Der verlustreiche Haushaltsgüterbereich soll zur "AEG-Konsum" zusammengeschlossen werden. Hier sind dann "interessierte Bundesländer" eingeladen, mehreren hundert Millionen zur Sanierung beizusteuern. (Wenn das nicht "Reparaturbetrieb des Kapitalismus" ist...) Hier zeigt sich wieder einmal: Verluste werden sozialisiert – Gewinne privatisiert.

Verstaatlichung...

Wenn der Staat schon zahlen soll, dann nur bei Überführung von AEG in öffentliches Eigentum, und zwar des gesamten Konzerns

einschließlich der profitablen Bereiche!

Verstaatlichung allein reicht allerdings auch nicht. Das zeigt die Geschäftspolitik staatlicher Unternehmen. Vielmehr muß auch eine demokratische Kontrolle durch die Arbeiter gegeben sein. Sonst wird nur ein privater Manager durch einen staatlichen Bürokraten ersetzt.

**FORTSETZUNG
SEITE 10**

ARTIKEL ÜBER

Friedensdemo
Juso-Kongreß
Marxismus und
Umwelt
Polen-Solidarität
Südafrika
Frankreich, Falkland
Arbeitslosigkeit



Bonner Friedensdemonstration

ATOMWAFFENFREIER KAPITALISMUS?

Wir trafen uns am Donnerstag, dem 10. 6. um 10.00 Uhr auf dem Sammelplatz, an dem die Busse aus Nordrhein-Westfalen ankamen.

Nach zwei Stunden erreichten wir den Kundgebungsplatz und erfuhren dort von anderen Genossen von Vorfällen in ihren Marschsäulen. Z.B. versuchten einige Sektierer, vor der Kennedy-Brücke den Demonstrationzug zu spalten und mehrere tausend Leute in das abgesperrte Gebiet abzuleiten.

Auf dem Kundgebungsplatz lagen die Demonstranten auf der Wiese, und wir hatten den Eindruck, wir hätten uns in ein Strandbad verirrt.

Der unpolitische Charakter dieser Demonstration wurde äußerlich noch durch eine Verkaufsstraße wie auf einer Kirmesse verstärkt.

Man konnte bald feststellen, daß verschwindend wenig Arbeiter daran teilnahmen, und daß auch der Anteil der Juso- und SPD-Basismitglieder im Vergleich zur Demonstration im Oktober '81 geringer war. Dagegen verstärkte das bunte Gemisch von Rockern, Freaks, Punkern etc. den Eindruck eines Volksfestes.

* * * * *

Liebe Genossen, "Die DKP hat das Vermächtnis der revolutionären Sozialdemokratie und der Kommunistischen Partei Deutschlands übernommen." (Programm der DKP) In ihrer Programmatik beansprucht die DKP also, eine "revolutionäre" Organisation zu sein.

Dabei tut es besonders weh, zu sehen, mit welchen Mitteln die DKP arbeitet. Egal, ob CSU-Mitglied, Pfarrer oder NATO-General, nur den Krefelder Appell muß er unterstützen, dann kann er der Unterstützung durch die DKP in jeder Hinsicht sicher sein. Warum wendet sich die DKP nicht gleich an den Bundesverband Deutscher Unternehmer?

Politischer Kampf für den Frieden erfüllt seinen Zweck nur dann vollständig, "wenn er Klarheit über das Wesen des Militarismus und seine Rolle im Klassenkampf schafft und wenn die Empörung und die Abscheu gegen ihn durch wirksame Darstellungen seiner volksfeindlichen Eigenschaften und Taten erweckt werden." Dies schrieb Karl Liebknecht 1907, gültig ist es immer noch. Frieden kann



Uns fiel auf, daß ein Großteil der Leute einen pessimistischen Eindruck machte, weil sie Zweifel hatten, ob diese Massenbewegung ihr Ziel erreichen wird. Denn die Veranstalter sind nicht fähig, der Bewegung eine Perspektive zu vermitteln, was schon zur Frustration geführt hat.

Angenommen, die Friedensbewegung schafft es, die Stationie-

rung der Atomwaffen zu verhindern: wird dadurch der Frieden gesichert?

Der Kapitalismus braucht die Rüstung, weil die Kapitalisten große Profite daraus ziehen. Außerdem benötigen sie die Waffen, um ihre Privilegien zu sichern (wie z. B. in Südamerika oder in der Türkei). Ist die Forderung nach einer atomwaffenfreien Zone nicht utopisch, wenn man sie nicht mit der Perspektive einer Änderung des Systems verbindet? Denn gerade in Europa, wo der Kapitalismus konzentriert auftritt, wird sich in diesem System die herrschende Klasse ihre Waffen, die ihre Privilegien sichern, nicht wegnehmen lassen.

Friedensdemonstrationen und Appelle werden wahrscheinlich nicht ausreichen, um die Stationierung der Atomwaffen zu verhindern. Da die Frage der Bewaffnung die Macht der herrschenden Klasse direkt berührt, kann sie letztendlich nur durch die Arbeiterklasse gelöst werden.

Deshalb muß die Friedensbewegung, um erfolgreich zu sein, sich verstärkt mit den Massenorganisationen der Arbeiterbewegung verbinden.

Sabine Kall/ Jakob Meindorf, Jungsozialisten

* * * * *

der zweiten Seite offenbart.

Euer Ziel ist wohl, die SPD wieder zum Sozialismus Rosa Luxemburg zurückzuführen. Diese Absicht unterstütze ich aus ganzem Herzen. Trotz der augenblicklichen Krise des Kapitalismus, die zwar notwendig für das Großkapital, aber dennoch eure Chance ist bzw. wäre, besteht bei mir kaum Hoffnung auf die Verwirklichung eures Ziels, nicht obwohl, sondern gerade weil ein sehr großer Teil der Arbeiterklasse (immer noch) in der SPD verwurzelt ist. Konkret bedeutet das Abgrenzung dieser neuen SPD nach rechts, da sich sonst konterrevolutionäre Kräfte zur Schwächung des demokratischen Sozialismus einschleichen würden und die Arbeiterschaft und die fortschrittlichen Kräfte wieder keine Einheitspartei hätten. All dies gilt auch für den DGB!

In diesem Sinne und mit kritisch-sozialistischen Grüßen

Rainer Söllich
Mitglied der SJD - Die Falken
Köln-Nord

briefe
LESER

man nicht ausschließlich dadurch schaffen, daß man die Stationierung einzelner Waffentypen verhindert. Für einen dauerhaften Frieden ist die Enteignung der Rüstungskapitalisten nötig, die die einzigen sind, die an beiden Weltkriegen verdient haben.

Bodo Schulz, Hürth
(ehemaliges DKP-Mitglied)

* * *

Liebe Genossen der VORAN-Redaktion!
Vorweg sei gesagt, daß ich das Projekt "VORAN" sehr begrüßenswert und interessant finde. Besonders begrüßenswert finde ich es, daß die VORAN auch für Mitglieder der "SJD-Die Falken" bestimmt ist, was sich allerdings erst auf

VORAN

VORAN zur sozialistischen Demokratie!

Überregionale marxistische Zeitung für SPD, Jusos, Falken und Gewerkschaften. Erscheint seit Dezember 1973. Abbonnementspreis: 7,-DM für sechs Ausgaben
Redaktionsanschrift: VORAN, Hammesberger Str. 75, 5630 Remscheid
Telefon: 0 21 91 / 8 12 64
Bankverbindung: PscHA Essen, H.G. Öfing, Konto Nr. 170 20 - 433
Verantwortlicher Redakteur: Hans-Gerd Öfing
Druck: Gegendruck, Reuenberg 82, 4300 Essen

ihre da oben...
...wir da unten

STAATSMÄNNER

Die Einweihung eines Denkmals zur Erinnerung an den Matrosenaufstand vom November 1918, der die Revolution in Deutschland einleitete und den Krieg beendete, bereitete gewissen Kreisen Probleme. Gegen Erinnerungen an Deutschnationales und Monarchistisches haben sie gewöhnlich nichts einzuwenden. In welcher Stadt fehlt schon eine Hindenburg-, Bismarck- oder Sedanstraße oder ein Kriegerdenkmal? Aber Erinnerung an revolutionäre Arbeiter? Das findet z.B. seine Hoheit Prinz Friedrich Ferdinand zu Schleswig-Holstein, Herr des Wasserschlosses Glücksburg, "schäbig und verunglimpfend". Schließlich würden mit diesem Denkmal Menschen verherrlicht, die zur Zerstörung des Deutschen Reiches beigetragen haben". Adel verpflichtet.

Der Kieler CDU fiel was besseres ein. Warum nicht eine Straße nach dem Sozialdemokraten Gustav Noske benennen?

Schließlich war Noske verantwortungsbewußt und vaterländisch genug, dem revolutionären Treiben der Arbeiter mit seinen nationalistischen Freikorps Einhalt zu gebieten und die ohnehin nur lästigen "Arbeiter- und Soldatenräte" dort blutig auseinander zu jagen, wo sie sich nicht freiwillig auflösten. "Einer muß der Bluthund sein", wie er dies mit eigenen Worten so treffend formuliert.

Da erkennt doch die CDU staatsmännische Haltung, das muß gewürdigt werden. Wie wär's mit einem Denkmal: Noske in Siegerpose, ein Bein auf der Leiche eines Kieler Matrosen locker abgestellt....?

SCHARFMACHER

Anfang Mai legte die Bundesregierung neue Grundsätze für den Waffenexport vor. Nach den alten Richtlinien durften deutsche Waffen nicht in "Spannungsgebiete" geliefert werden. Diese Richtlinien müssen in besseren Zeiten das Licht der Welt erblickt haben - inzwischen gibt es auf derselben kaum noch spannungsfreie Gebiete. Also mußten neue Prinzipien her.

"Verschärfte", wie Egon Bahr treuherzig verkündete - und wie die allzeit prinzipienfeste SPD-Linke zu glauben beschlossen hat.

Nach den neuen Richtlinien wird der Export von Kriegswaffen in Nicht-NATO-Länder nicht genehmigt. Die Sache hat nur einige Haken:

-NATO-Mitgliedschaft garantiert keine "spannungsfreien" und demokratischen Verhältnisse - siehe Portugal und Griechenland vor 1974, Türkei seit 1980.

-Man könnte sich auch einen Zwischenhändler in einem NATO-Staat vorstellen. Was kann die deutsche Rüstungsindustrie dafür, wenn italienische Waffenhändler an den Libanon weiterverkaufen?

-Wenn alles nicht hilft, bieten die Richtlinien selbst noch ein Schlupfloch. Denn "aufgrund besonderer politischer Erwägungen" können "Ausnahmen allgemeiner Art festgestellt" werden; oder auch dann, wenn "im Einzelfall vitale Interessen für eine ausnahmsweise Genehmigung sprechen".

Und wer möchte bestreiten, daß die Rüstungsindustrie vitale Interessen hat. . . ?

VOLKSAKTIONÄRE

Nur 7% der Bevölkerung besitzt Aktien, meldete kürzlich die "Frankfurter Allgemeine". Davon sind noch ein großer Teil

-Belegschaftsaktien, die dazu dienen, den Arbeitern das Geld zweimal aus der Tasche zu ziehen: einmal durch vorerhaltenen Lohn (=Profit) und einmal durch besagte Aktie; -sogenannte "Volksaktien" z.B. öffentlicher Unternehmen wie VW, die einen - natürlich äußerst begrenzten - Teil ihrer Aktien unters Volk werfen.

Und wieviel Bedeutung Kleinaktien bei privaten Unternehmen haben, wurde auf der letzten Hauptversammlung des krisengeschüttelten AEG-Konzerns deutlich:

"Der Antrag eines Aktionärs, der Verwaltung die Entlastung zu verweigern, hatte keinen Erfolg. Angesichts der hohen Stimmenanteile der Banken wurde die Entlastung mit 99,48% der Stimmen erteilt." (FAZ vom 26.6.82)

Da soll es doch Leute geben, die behaupten, durch breite Streuung der Aktien sei in der BRD bereits eine "Vergesellschaftung" des Kapitals erreicht . . .

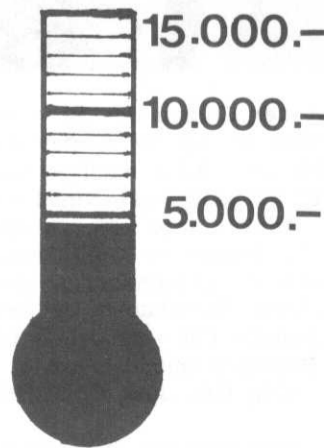
kampffonds SPENDENKONTO: Angela Banker, PscHA, Essen 2422 50-432

WANN KOMMT DEINE SPENDE?

Unser Vorhaben, VORAN professioneller zu gestalten (Trägerverein, Redakteure) ist auf ein überaus positives Echo gestoßen. Viele Leser und Anhänger haben außerordentliche Anstrengungen unternommen und noch tiefer in die Tasche gegriffen, um uns dabei zu helfen.

- Es sammelten bzw. spendeten:
-Ursel Beck und Hans Blunck aus Stuttgart 500,-
-Andreas Schmidt und Beate Eisert aus Kiel 110,-
-Dieter Janzen aus Mannheim 200,-
-Clara Roque aus Wiesbaden 20,-
-Leo Schiffer aus Aachen 100,-.

Bei einem bundesweiten VORAN-Wochenendseminar wurden 496,30 DM gesammelt. Die Teilnehmer verpflichteten sich darüberhinaus, in den nächsten



Wochen insgesamt 1490,-DM im Bekanntenkreis oder bei Veranstaltungen einzusammeln;

Besonders erfreulich ist, daß mehr und mehr Leser und Anhänger inzwischen für ihr Abonnement freiwillig mehr bezahlen (Förderabo) oder sich auch so

bereiterklären, regelmäßig monatlich eine Summe nach eigener Wahl zu überweisen. HAST DU - JA DU BIST GEMEINT! - AUCH SCHON MAL DARAN GEDACHT?

Bislang haben wir rund 4.500,-DM eingesammelt. Was fast noch wichtiger ist: wenn alle, die es bisher versprochen haben, auch regelmäßig ihre Spende überweisen, können wir in Zukunft mit einer fest zugesagten Spendenhöhe von rund 2.000,-DM monatlich rechnen. Das ist ein guter Grundstock - aber noch nicht genug.

Wir fühlen uns jedenfalls durch die finanzielle Unterstützung unserer Leser angespornt, den eingeschlagenen Weg weiter zu gehen. Die erste Redakteurin haben wir jetzt fest angestellt. Ob wir bald einen zweiten Redakteur einstellen können, hängt von DEINER SPENDE AB!

"Es bewegt sich was – laufen wir hinterher", fiel mir zum diesjährigen Juso-Bundeskongress in Lahnstein ein, an dem ich als Delegierte teilgenommen habe. Von bisherigen Juso-Konferenzen her war ich es immer gewohnt, mir von den führenden Genossen pessimistische und trostlose Beschreibungen der angeblich schlechter gewordenen Arbeitsbedingungen für Sozialisten anhören zu müssen.

Doch diesmal wurden sogar Perspektiven aufgezeigt. Noch die klarsten Ansätze dazu – wenn auch in vielem unzulänglich – brachte Erhard Eppler gleich zu Anfang in seinem Referat. Ausgehend davon, daß die SPD mit der jetzigen Regierungspolitik totschick in der Opposition landet, machte er klar, daß dann keine 20, 30 Jahre CDU-Herrschaft bevorstehen:

"In Hamburg haben 24% der Erstwähler CDU gewählt. . . wenn da noch ein paar Jahrgänge kommen, das wirkt sich aus. . . Und deshalb glaube ich, daß wir schon 1988 wieder eine reelle Chance haben, die CDU zu schlagen."

Und was die dringend notwendigen Reformen der 80er Jahre betrifft, forderte Eppler

"Was jetzt an Reformen vor uns liegt, ist die Reform der Mechanismen und Strukturen unserer Industriegesellschaft für die 80er Jahre."

Zum Schluß seines Referats gab er die Parole aus, mit aller Energie für die Erneuerung der SPD zu kämpfen.

Der scheidende Juso-Bundesvorsitzende Willi Piecyk gab einen Rechenschaftsbericht ab, der eher zu einem politischen Rundumschlag geriet als zu einem Rückblick auf die tatsächlich geleistete Arbeit.

Schon in der Rechenschaftsbebatte meldete ich mich vergeblich zu Wort.

Juso-Bundeskongress in Lahnstein

"ES BEWEGT SICH WAS – LAUFEN WIR HINTERHER"



Wie auch bei den anderen wichtigen Debatten hatte ich den Eindruck, daß schon lange vor der Eröffnung der Rednerliste feststand, wer "in die Bütt steigt". Es waren immer wieder die gleichen 20 Leute. Ich sprach mit einem Genossen aus dem Westlichen Westfalen, der auch zum ersten Mal Delegierter war: Ihm ging es genauso, auch er kam nicht zu Wort.

Schwerpunkte in der Antragsberatung waren die Bereiche Frieden und Abrüstung, Wirtschafts- und Sozialpolitik, Ökologie und Ausländer. Neben vielen guten enthielten die Anträge und Beschlüsse aber auch zweifelhafte Forderungen, die ich so nicht unterstützen kann.

So wurde beispielsweise beschlossen, Waffenexporte auf NATO-Länder mit demokratischer Verfassung zu beschränken. Als ob die britische Armee in Falkland die "Demokratie" verteidigt hätte! Bis vor zwei Jahren hatte die Türkei eine "demokratische" Verfassung – wären also bis kurz vor dem Militärputsch Waffenlieferungen an die Türkei tragbar gewesen???

Es wurde Abrüstung gefordert, jedoch wurde nirgends klar gesagt, warum es überhaupt so viele Waffen und ein Wettrüsten gibt und warum der Frieden stets bedroht ist, solange der Kapitalismus besteht.

Zur Antragsberatung muß man

auch verstehen, daß die kiloschweren Antragspakete teilweise erst 2 Tage vor Kongressbeginn an die Delegierten verschickt wurden. Also konnte sich keiner richtig vorbereiten. Viele richteten sich darum einfach nach den "Stimmführern" ihres Bezirks.

Die Diskussion über die Wirtschafts- und Sozialpolitik war erst für die letzten Stunden des Kongresses angesetzt. Natürlich bekannten sich alle zu dem "langfristigen" Ziel der Vergesellschaftung, aber bis es soweit sei, müsse man erst einmal die Krisenerscheinungen der kapitalistischen Wirtschaft beseitigen. Also wollen die Jusos vorerst einmal den Kapitalismus ma-

nagen – womöglich noch besser als die Kapitalisten selber. Dabei stießen mir u.a. zwei Dinge auf, die ich für einen falschen Ansatz halte:

*Es wurde eine Arbeitsmarktabgabe gefordert – ursprünglich sogar von allen Beschäftigten (als ob wir alle zusammen an der Arbeitslosigkeit schuld wären)

*Staatliche Subventionen an das private Kapital werden nicht grundsätzlich abgelehnt, sondern sollen nur etwas begrenzt und besser kontrolliert werden (als ob sich die Unternehmer wirklich in die Geschäftsbücher schauen lassen würden und sich

von staatlichen Kommissaren etwas vorschreiben ließen, das gar nicht in Ihrem Profitinteresse liegt.)

Man hätte auch darüber diskutieren müssen, warum die wirtschaftspolitische Strategie der französischen Sozialisten nicht aufgeht, warum dort trotz anfänglicher Erhöhung der Massenkauflkraft die Arbeitslosigkeit gestiegen ist.

Die Vorstandswahlen enthüllten vollends die ganze gegenwärtige Schwäche des Juso-Verbandes. Einziger Kandidat für den Bundesvorsitz war der bisherige Bundessekretär Rudolf Hartung. Doch Hartung war selbst unter den Delegierten solcher Bezirke umstritten, die sonst immer eindeutig hinter der von ihm vertretenen "reformsocialistischen" Linie stehen, und die "Stamokaps" waren nicht fähig, einen eigenen Kandidaten zu benennen. So konnte Rudolf Hartung erst im zweiten Wahlgang mehr Ja- als Nein-Stimmen erringen.

Die tiefe wirtschaftliche und gesellschaftliche Krise wird gute Chancen bieten, um breitere Schichten von Arbeitern und Jugendlichen für sozialistische Ideen zu gewinnen. Wir müssen aber dafür sorgen, daß die Krise der Gesellschaft nicht mehr allzulange die Krise der Jusos bleibt.

Ursel Beck
Delegierte aus Stuttgart



SPD : AUSTRETEN ODER VERÄNDERN ?

"SPD bietet keine Perspektive"

Hiermit erklären wir Unterzeichner unseren Austritt aus der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Begründung:

Der Parteitag 1982 in München hat uns bewiesen, daß die SPD nicht in der Lage ist, demokratisch-sozialistische Perspektiven für die Zukunft zu setzen. Die Parteiführung und der überwiegende Teil der Mitglieder entwickeln die Partei immer mehr zu einer Organisation, die den Anspruch, ernsthaft den Frieden zu sichern, gewerkschaftliche Orientierung im Sinne des demokratischen Sozialismus zu garantieren und die kritische Jugend zu integrieren, in zunehmendem Maße verliert.

Welche Perspektive bietet aber nun die SPD?

- * Trotz eines sowjetischen Abrüstungsangebot im Oktober 1979, beschloß die NATO im Dezember 1979 die Nachrüstung, verbunden mit einem Abrüstungsvorschlag (. . .)
- * Atomkraftgegner können sich auch nach dem Münchener Parteitag in der SPD nicht vertreten sehen (. . .)
- * Sozialdemokraten in Regierungsverantwortung und Parlamenten haben staatliche Überwachungsinstrumente geschaffen und in großem Stile ausgebaut (. . .)
- * Diese sogenannten politischen Unzulänglichkeiten gingen und gehen auffällig einher mit der Verschärfung der wirtschaftlichen Krise. Trotz langjähriger Massenarbeitslosigkeit

(. . .) wird eine ökonomische Politik betrieben, deren theoretische Grundlagen ("freie und soziale Marktwirtschaft") von der Realität widerlegt wurden.

Kaum ein Monat ist seit Herbst 1980 verstrichen, in dem nicht ein Schlag die SPD getroffen hätte: sozialpolitische Demontage und der massive Protest der Arbeitnehmer hiergegen; der Niedergang jahrzehntelanger Herrschaft in Berlin; verheerende Wahlniederlagen z.B. die Kommunalwahl in Schleswig-Holstein, Landtagswahl in Niedersachsen; die Fälle Hansen und Coppik; die Parteien-Spenden-Affäre, von der eine SPD sich nicht ausklammern konnte; Massendemonstrationen (Bonn, Brokdorf, Startbahn West u.v.a.) gegen die Regierungspolitik; der Fall Klose; Massenausstritte; die Gründung der "Sozialistischen Initiative" usw. usw. . . . Trotz all' dieser Warnsignale hat die SPD sich auf ihrem Bundeskongress 1982 in München nicht besonnen (. . .)

Insgesamt kann die SPD der Arbeitnehmerschaft und der kritischen Jugend sowie dem Kleinunternehmer keine Perspektive mehr bieten (. . .) Eine gewerkschaftliche Orientierung geht mehr und mehr verloren. Aus allen vorgenannten Gründen und vielen weiteren, die hier aufzuzeigen müßig wäre, treten wir gewerkschaftlich orientierten Mitglieder aus der SPD mit sofortiger Wirkung aus.

Manfred Engelhardt und 14 weitere Unterschriften

"SPD-Basis nicht Rechten überlassen"

Lieber Manfred, liebe Genossen!

Um es gleich zu sagen: es ist unserer Meinung nach ein schwerer politischer Fehler, jetzt aus der SPD auszutreten. Gleich im zweiten Satz Eurer Begründung baut ihr stillschweigend die Ansicht ein, daß die große Mehrheit der SPD-Basis hinter der Parteiführung steht.

Meint ihr wirklich, daß die Delegierten in München und ihr Abstimmungsverhalten voll das wiedergeben, was die Basis denkt und will? Wie erklärt Ihr Euch, daß hunderte Anträge aus Ortsvereinen, Unterbezirken und Bezirken vorlagen, die überwiegend die Linie des Parteivorstandes und speziell den NATO-Doppelbeschluß kritisierten?

Sicher – viele Mitglieder der SPD sind noch loyale Anhänger der rechten Parteiführung, aber sie werden kritischer. Immer noch bilden hauptsächlich Arbeiter, Angestellte und kleine Beamte die wichtigste Mitglieder-, Wähler- und Anhängerschaft der SPD. Wenn wir das Ziel aufgeben, sie für sozialistische Politik zu gewinnen, wie wollen wir jemals die Gesellschaft in der BRD grundlegend verändern?

Seht Ihr grundsätzliche Unterschiede zwischen der Politik des Kanzlers Brandt und der des Kanzlers Schmidt?

Zu Brandts Zeiten konnte sich der Kapitalismus noch kleine Reformen leisten, jetzt baut er sie wieder ab.

Trotzdem hat die rechte SPD-Führung schon schwerere Krisen überstanden als die gegenwärtige. Und warum? Weil es nie innerhalb der Partei eine konsequente marxistische Strömung gab. Weil die Basis in ihrer Unzufriedenheit, aber auch politischen Verwirrung im Stich gelassen wurde und letztlich immer wieder den Rechten ausgeliefert blieb!

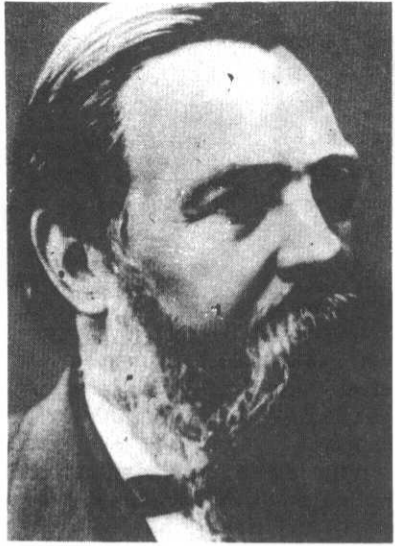
Man kann darüber alles andere als glücklich sein. Aber als Sozialisten und Marxisten dürfen wir unsere eigene Ungeduld nicht mit der Stimmung der breiten Arbeiterschaft verwechseln.

Ihr beklagt, daß bei der gegenwärtigen SPD-Politik "eine gewerkschaftliche Orientierung mehr und mehr verloren" geht. War denn diese gewerkschaftliche Orientierung vor zehn Jahren noch vorhanden? Wenn ja, wo? Etwa darin, daß Willy Brandt im Sommer 1973 öffentlich die spontanen Streiks für Teuerungszulagen verurteilte?

Ihr erklärt den Austritt. Doch wo wollt Ihr, wo sollen Marxisten und Sozialisten überhaupt politisch wirksam arbeiten? Die "Demokratischen Sozialisten" haben ebensowenig eine große politische Zukunft wie die DKP.

Die SPD wird aus der Regierung rausfliegen und in die Opposition kommen. Eine CDU/CSU-Regierung wird mit der großen Axt die Kahlschlagpolitik fortsetzen, die die SPD zaghaf mit dem kleinen Beil angefangen hat. Solche Schläge und Erschütterungen werden die Basis wachrütteln, neue "linkere" Nachwuchspolitiker werden nachrücken, neue Illusionen werden wachsen. Viele Arbeiter und Jugendliche werden dann (wieder) einen Sinn darin sehen, in der SPD aktiv zu werden. Mit sozialistischem und solidarischem Gruß

Redaktion VORAN



Interview mit Karl Marx und Friedrich Engels über Ökologie:

"EINE REVOLUTION IST NÖTIG, GANZEN DRECK VOM HALSE "Der Kapitalismus untergräbt die Springquellen allen Reichtums:

VORAN: Man wirft Marxisten oft vor, einer verstaubten, wertlosen Theorie aus dem vorigen Jahrhundert nachzuhängen. Die ganzen modernen Umweltprobleme hätten ihr beiden "gar nicht vorhersehen können". Seid ihr blindlings "fortschrittsgläubig"?

Marx: Wie in der städtischen Industrie wird in der modernen Agrikultur die gesteigerte Produktivkraft der Arbeit erkaufte durch Verwüstung und Versiechung der Arbeitskraft selbst. Und jeder Fortschritt in der kapitalistischen Agrikultur ist nicht nur ein Fortschritt in der Kunst den Arbeiter, sondern zugleich in der Kunst, den Boden zu berauben, jeder Fortschritt in der Steigerung seiner Fruchtbarkeit für eine gegebene Zeit zugleich ein Fortschritt im Ruin der dauernden Quellen dieser Fruchtbarkeit. Je rascher ein Land, wie die Vereinigten Staaten von Nordamerika z.B., von der großen Industrie als dem Hintergrund seiner Entwicklung ausgeht, desto rascher dieser Zerstörungsprozeß. Die kapitalistische Produktion entwickelt daher nur die moderne Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquellen allen Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter.

Engels: Das Bestehen einer herrschenden Klasse wird täglich mehr ein Hindernis für die Entwicklung der industriellen Produktivkraft und ebenso sehr für die Wissenschaft. . .

Marx: . . . diese Produktionskräfte erhalten unter dem Privateigentum eine nur einseitige Entwicklung, werden in ihrer Mehrheit zu Destruktivkräften, und eine Menge solcher Kräfte können im Privateigentum gar nicht zur Anwendung kommen. (...) In der Entwicklung der Produktivkräfte tritt eine Stufe ein, auf welcher Produktionskräfte und Verkehrsmittel hervorgerufen werden, welche unter den bestehenden Verhältnissen nur Unheil anrichten, welche keine Produktionskräfte mehr sind, sondern Destruktivkräfte. (...) Die moderne bürgerliche Gesellschaft gleicht dem Hexenmeister, der die unterirdischen Gewalten nicht mehr zu beherrschen vermag, die er heraufbeschwor.

Achillesferse: Wachstum

VORAN: Dann haltet Ihr die umweltzerstörerischen Folgen der kapitalistischen Produktionsweise also für unkontrollierbar?

Engels: In jeder Gesellschaft mit naturwüchsiger Produktionsentwicklung - und die heutige gehört dazu - beherrschen nicht die Produzenten die Produktionsmittel, sondern die Produktions-

mittel beherrschen die Produzenten.

VORAN: Gibt es für Euch auch so etwas wie "Grenzen des Wachstums"? Wir denken dabei nicht nur an die seit einigen Jahren erneut regelmäßig wiederkehrenden, jedesmal katastrophaleren Wirtschaftskrisen, die während der 50er und 60er Jahre des 20. Jahrhunderts ja für immer verbannt schienen. . .

Engels: Hier ist die verwundbare Achillesferse der kapitalistischen Produktion. Ihre Lebensbedingung ist die Notwendigkeit fortwährender Ausdehnung, und diese fortwährende Ausdehnung wird jetzt unmöglich. Die kapitalistische Produktion läuft aus in eine Sackgasse.

VORAN: Den meisten Menschen ist noch gar nicht voll bewußt, welche große Bedrohung die Umweltverschöpfung darstellt. Wie erklärt Ihr Euch das?

Engels: Die Bourgeoisie hat weitere Fortschritte gemacht in der Kunst, das Unglück der Arbeiterklasse zu verbergen.

Allseitige Wechselwirkung

VORAN: Die meisten heutigen Naturwissenschaftler sind "Fachidioten". Erst das Aufkommen der Ökologie und der Kybernetik (Lehre von den allseitigen Zusammenhängen in Systemen und ihrer Steuerung) zeigte, daß wissenschaftliche Spezialfächer nicht auf alle Fragen einen Antwort geben können. War Euch das eigentlich im vorigen Jahrhundert auch schon klar?

Engels: In der Natur geschieht nichts vereinzelt. Jedes wirkt auf's andere und umgekehrt, und es ist meist das Vergessen dieser allseitigen Bewegung und Wechselwirkung, das unsere Naturforscher verhindert, in den einfachsten Dingen klarzusehen. Wir sahen, wie die Ziegen die Wiederbewaldung von Griechenland verhindern; in Sankt Helena haben die von den ersten Anseglern an Land gesetzten Ziegen und Schweine es fertiggebracht, die alte Vegetation der Insel fast ganz auszurotten.

Beherrscht der Mensch die Natur

VORAN: Weiß der Mensch denn, was er tut? Und warum er die Vegetation vernichtet?

Engels: Der Mensch vernichtet sie, um in den freigewordenen Boden Feldfrüchte zu säen oder Bäume und Reben zu pflanzen, von denen er weiß, daß sie ihm ein Vielfaches der Aussaat einbringen werden. Er versetzt Nutzpflanzen von einem Land ins andere und verändert so die Vegetation und das Tierleben ganzer Weltteile. (...) Kurz, das Tier benutzt die äußere Natur bloß; der Mensch macht sie durch sei-

Das folgende "Interview" fand in der vorliegenden Form in Wirklichkeit natürlich nie statt. Trotzdem sind die Antworten "echt". Sie wurden aus verschiedenen Werken von Marx und Engels entnommen und in Interview-Form zusammengestellt. Wer uns den Vorwurf machen will, die Zitate seien

willkürlich ausgewählt und aus dem Zusammenhang gerissen, in Wirklichkeit sei der Marxismus ja gar nicht so "modern", Marx und Engels seien blind fortschrittsgläubig gewesen, usw. (solche Einwände kommen von vielen "Grünen") - der möge sich Mühe machen und die Schriften der beiden Klassiker

im Zusammenhang lesen. Bei den übrigen Lesern dieses "Interviews" wird hoffentlich der Appetit auf ein weiteres Studium des Marxismus ohnehin ange-regt. Hervorhebungen (ge-sperrt) stammen meist von uns. Einzelne Textstellen wurden gekürzt, ohne dies immer extra kenntlich zu machen.

ne Änderungen dienstbar, beherrscht sie.
VORAN: Das klingt jetzt aber doch ziemlich schwärmerisch! Ist das nun nicht doch etwa blinde Fortschrittsgläubigkeit? Denk' doch mal daran wie z.B. landwirtschaftliche Monokulturen den Boden auslaugen! Soll dies Beherrschung der Natur sein?

Engels: Schmeicheln wir uns indes nicht zu sehr mit unseren menschlichen Siegen über die Natur.



VORAN: Eben!

Engels: Für jeden solchen Sieg rächt sie sich an uns.

VORAN: Genau!

Engels: Jeder hat in erster Linie zwar die Folgen, auf die wir gerechnet, aber in zweiter und dritter Linie hat er ganz andere, unvorhergesehene Wirkungen, die nur zu oft jene ersten Folgen wieder aufheben.

Raubbau an der Natur

VORAN: Nenn' uns mal ein konkretes Beispiel!

Engels: Die Italiener der Alpen, als sie die am Nordabhang des Gebirgs so sorgsam gehegten Tannenwälder am Südabhang vernutzten, ahnten nicht, daß sie damit der Sennwirtschaft auf ihrem Gebiet die Wurzel abgruben; sie ahnten noch weniger, daß sie dadurch ihren Bergquellen für den größten Teil des Jahres das Wasser entzogen, damit diese zur Regenzeit umso wütendere Flutströme über die Ebene ergießen könnten.

Die Verbreiter der Kartoffel in Europa wußten nicht, daß sie mit den mehligten Knollen zugleich die Skrofelkrankheit verbreiteten.

"Mensch ist Teil der Natur"

VORAN: Ja was ist nun? Ist die Natur vom Menschen beherrschbar oder nicht? Welche Erkenntnis ziehst Du aus den ganzen Beispielen, die Du angeführt hast?

ferneren Nachwirkungen wenigstens unserer gewöhnlichsten Produktionshandlungen kennen und damit beherrschen zu lernen.

"Global 2000"

VORAN: Vor kurzem hat die offizielle US-Regierungsstudie mit dem Titel "GLOBAL 2000" nachgewiesen, wie weit der kapitalistische Raubbau an der Natur schon fortgeschritten ist: in 20 Jahren wird die Hälfte der Wälder weltweit verschwunden sein, in-

folgedessen wird die Atemluft knapp. Wo fruchtbare Äcker waren, werden Sanddünen sein. Die Kenntnisse der Wirkungen unserer produktiven Tätigkeit sind also vorhanden (sie wurden unter Mithilfe von mehreren Hundert Wissenschaftlern aller Fachgebiete erarbeitet) - allein, die Möglichkeit sie zu regeln und zu beherrschen, wird nicht genutzt. Warum nicht?

VORAN: Sondern???

Engels: . . . - sondern daß wir mit Fleisch und Blut und Hirn ihr angehören und mitten in ihr stehen, und daß unsere Herrschaft über sie darin besteht, im Vorzug vor allen anderen Geschöpfen ihre Gesetze erkennen und richtig anwenden zu können.

VORAN: Heißt das, daß wir bisher die Natur noch nicht richtig erkannt und ihre Gesetze falsch angewandt haben?

Engels: In der Tat lernen wir mit jedem Tag ihre Gesetze richtig zu verstehen und die näheren und entfernteren Nachwirkungen unserer Eingriffe in den herkömmlichen Gang der Natur erkennen. Namentlich seit den genialen Fortschritten der Naturwissenschaften in diesem Jahrhundert werden wir mehr und mehr in den Stand gesetzt, auch die ent-

folgedessen wird die Atemluft knapp. Wo fruchtbare Äcker waren, werden Sanddünen sein.

Die Kenntnisse der Wirkungen unserer produktiven Tätigkeit sind also vorhanden (sie wurden unter Mithilfe von mehreren Hundert Wissenschaftlern aller Fachgebiete erarbeitet) - allein, die Möglichkeit sie zu regeln und zu beherrschen, wird nicht genutzt. Warum nicht?

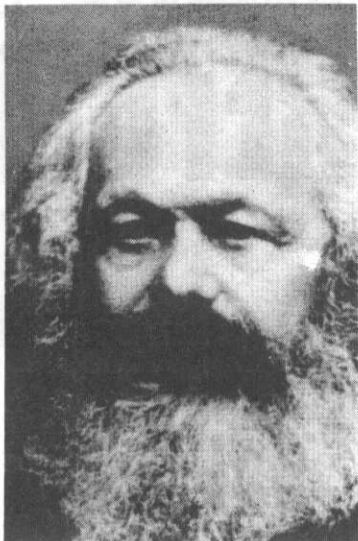
"Umwälzung der Produktionsweise ist nötig"

Engels: Um diese Regelung durchzuführen, dazu gehört mehr als bloße Erkenntnis. Dazu gehört eine vollständige Umwälzung unserer bisherigen Produktionsweise und mit ihr unserer jetzigen gesamten gesellschaftlichen Ordnung.

VORAN: Was hat dies mit der kapitalistischen Produktionsweise zu tun? Ist das Profitstreben die alleinige Ursache der Umweltzerstörung?

Engels: Alle bisherigen Produktionsweisen sind nur auf Erzielung des nächsten, unmittelbarsten

UM DEN ZU SCHAFFEN! die Erde und den Arbeiter



Nutzeffekts der Arbeit ausgegangen. Die weiteren, erst in späterer Zeit eintretenden, durch allmähliche Wiederholung und Anhäufung wirksamen Folgen blieben gänzlich vernachlässigt.

VORAN: Und was passierte dann?

Engels: Alle höheren Formen der Produktion sind zum Gegensatz von herrschenden und unterdrückten Klassen vorangegangen; damit aber wurde das Interesse der herrschenden Klasse das treibende Element der Produktion. . .

VORAN: . . . im Kapitalismus also die Jagd nach immer mehr Profit, koste es was es wolle?

Engels: Die einzelnen, Produktion und Austausch beherrschenden Kapitalisten können sich nur um den unmittelbarsten Nutzeffekt ihrer Handlungen kümmern. Ja selbst dieser Nutzeffekt — soweit es sich um den Nutzen des erzeugten oder ausgetauschten Artikels handelt — tritt vollständig in den Hintergrund; der beim Verkauf zu erzielende Profit wird die einzige Triebfeder.

VORAN: Da ist es einem Chemiekonzern egal, wenn er Flüsse und Meer vergiftet?

Marx: Genau!

Engels: Wo einzelne Kapitalisten um des unmittelbaren Profits willen produzieren und austauschen, können in erster Linie nur die nächsten, unmittelbarsten Resultate in Betracht kommen. Wenn der einzelne Fabrikant oder Kaufmann die fabrizierte oder eingekaufte Ware mit dem üblichen Profiten verkauft, so ist er zufrieden, und es kümmert ihn nicht, was nachher aus der Ware und deren Käufer wird. Ebenso mit den natürlichen Wirkungen derselben Handlungen. Die spanischen Pflanzler in Kuba, die die Wälder an den Abhängen niederbrannten und in der Asche Dünger genug für eine Generation höchst rentabler Kaffeebäume vorfanden — was lag ihnen daran, daß nachher die tropischen Regengüsse die nun schutzlose Dammerde herabschwemmen und nur nackten Fels hinterließen? Gegenüber der Natur wie der Gesellschaft kommt bei der heutigen Produktionsweise nur der erste, handgreiflichste Erfolg in Betracht; und dann wundert man sich noch, daß die entfernteren Nachwirkungen der hierauf gerichteten Handlungen ganz andere, meist entgegengesetzte sind?!

Verstaatlichung Allheilmittel?

VORAN: Uns Sozialisten wird immer wieder vorgeworfen, wir sähen in der Verstaatlichung der Großindustrie ein Allheilmittel für alle gesellschaftlichen Probleme. Und soeben hast Du, Genosse Engels, die Notwendigkeit einer gesellschaftlichen

Umwälzung bekräftigt. **Engels:** Das Staatseigentum an den Produktivkräften ist nicht die Lösung des Konflikts, aber es birgt in sich das formelle Mittel, die Handhabe der Lösung.

VORAN: Worin liegt dann die Lösung selbst?

QUELLEN:

- Karl Marx: Die deutsche Ideologie
- Karl Marx: Das Kapital (Bd. I&II)
- Marx/Engels: Das Kommunistische Manifest
- Friedrich Engels: Zur Wohnungsfrage
- Friedrich Engels: Die Lage der arbeitenden Klasse in England
- Friedrich Engels: Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft
- Friedrich Engels: Dialektik der Natur
- Friedrich Engels: Der Anteil der Arbeit an der Menschwerdung des Affen (siehe zu empfehlen)

Engels: An die Stelle der gesellschaftlichen Produktionsanarchie tritt eine gesellschaftlich-planmäßige Regelung der Produktion nach den Bedürfnissen der Gesamtheit wie jedes einzelnen. . .

VORAN: . . . und nicht Produktion um des Profits willen, den private Kapitalmonopolisten auf Kosten der Natur und der Gesamtheit durchführen. Aber wer soll diese gewaltige Umwälzung durchführen?

Engels: Indem die kapitalistische Produktionsweise mehr und mehr die große Mehrzahl der Bevölkerung in Proletariat verwandelt, schafft sie die Macht, die diese Umwälzung bei Strafe des Untergangs, zu vollziehen genötigt ist.

Droht der gemeinsame Untergang?

VORAN: Bei Strafe des Untergangs?!

Engels: Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft . . . ist die Geschichte von Klassenkämpfen. Unterdrücker und Unterdrückte standen in stetem Gegensatz zueinander, führten einen ununterbrochenen, bald versteckten, bald offenen Kampf, einen Kampf, der jedesmal mit einer revolutionären Umgestaltung der Gesellschaft endete oder mit dem gemeinsamen Untergang der kämpfenden Klassen.

VORAN: Nochmal zurück zum oben angesprochenen Thema: was ist der Unterschied zwischen erkannten und nicht erkannten Naturgesetzen, zwischen kapitalistisch-anarchistischer und planmäßig-regulierter Produktionsweise?

Engels: Die gesellschaftlich wir-

kenden Kräfte wirken ganz wie die Naturgesetze: blindlings, gewaltsam, zerstörend, solange wir sie nicht erkennen und nicht mit ihnen rechnen.

VORAN: Und wenn wir sie erkannt haben?

Engels: Haben wir sie einmal erkannt, ihre Tätigkeit, ihre Richtungen, ihre Wirkungen begriffen, so hängt es nur von uns ab, sie mehr und mehr unserem Willen zu unterwerfen und vermittelst ihrer unsere Zwecke zu erreichen.

VORAN: Und diese Aussage gilt auch in Bezug auf die im Kapitalismus entwickelten Produktivkräfte?

Engels: Ganz besonders gilt dies von den heutigen gewaltigen Produktivkräften! Solange wir uns hartnäckig weigern, ihre Natur und ihren Charakter zu verstehen — und gegen dieses Verständnis sträubt sich die kapitalistische Produktionsweise und ihre Verteidiger — so lange wirken sich diese Kräfte aus, trotz uns, gegen uns, solange beherrschen sie uns.

Wie lassen sich die Produktivkräfte beherrschen?

VORAN: Im Kapitalismus werden die gesellschaftlichen Produktivkräfte privat gelenkt, über das Konkurrenzprinzip, was nach Eurer Aussage zu ständigem Chaos und zunehmender Anarchie führt. Läßt sich eine

gesellschaftliche Lenkung dieser Produktivkräfte allmählich, Schritt für Schritt durchsetzen?

Engels: Dies kann nur dadurch geschehen, daß die Gesellschaft offen und ohne Umwege Besitz ergreift von den jeder anderen Leitung außer der ihrigen entwichenen Produktivkräften.

VORAN: Was wird dadurch erreicht?

Engels: Damit wird der gesellschaftliche Charakter der Produktionsmittel und Produkte, der sich heute gegen den Produzenten selbst kehrt (. . .) und sich nur als blindwirkendes Naturgesetz gewalttätig und zerstörend durchsetzt, von den Produzenten mit vollem Bewußtsein zur Geltung gebracht und verwandelt sich aus einer Ursache der Störung (und des periodischen Zusammenbruchs) in den mächtigsten Hebel der Produktion selbst.

Maschinerie "an sich"

VORAN: Grüne und Ökologen treten gegen die zentrale Zusammenballung der Großindustrie auf. Ist Eurer Ansicht nach die Großindustrie, die Maschinerie, an sich Ursache der Umweltprobleme?

Marx: Die von der kapitalistischen Anwendung der Maschinerie untrennbaren Widersprüche und Antagonismen existieren nicht, weil sie aus der Maschinerie selbst erwachsen, sondern aus ihrer kapitalistischen Anwendung!

VORAN: Was folgt daraus?

Marx: Da also die Maschinerie an sich betrachtet die Arbeit erleichtert, kapitalistisch angewandt ihre Intensität steigert, an sich ein Sieg des Menschen über die Naturkraft ist, kapitalistisch angewandt den Menschen durch die Naturkraft unterjocht (. . .), erklärt der bürgerliche Ökonom einfach, das Ansichbetrachten der Maschinerie beweise haarscharf, daß alle jene handgreiflichen Widersprüche bloßer Schein der gemeinen Wirklichkeit, aber an sich, also auch in der Theorie gar nicht vorhanden sind. Er spart sich also alles weitere Kopfzerbrechen und

bürdet seinem Gegner obendrein die Dummheit auf, nicht die kapitalistische Anwendung der Maschinerie zu bekämpfen, sondern die Maschinerie selbst.

VORAN: Und eben diese Dummheit lassen sich ja manche Leute auch heute wieder allzugerne aufbürden! — Um nochmals auf die Ausgangsfrage zurückzukommen: wir haben gesehen, daß es auch schon zu Eurer Zeit gewaltige Umweltprobleme gab, und daß Ihr dafür ein waches Auge hättet. Davon kann man jeden Skeptiker durch dieses Interview leicht überzeugen. Aber er könnte einwenden, daß in der heutigen Zeit eine ganz neue Qualität von Umweltkrise entstanden sei, die Ihr nicht vorhersehen konntet.

Marx: Die kapitalistische Gesellschaft erzeugt alle möglichen Widersprüche und Krisen stets aufs Neue, in ständig verschärfter Form, auf höherer Ebene sozusagen, in immer neuen Qualitäten — solange, bis sie bewußt abgesehen wird (. . .). Wodurch denn überwindet die Bourgeoisie die Krisen?? Dadurch, daß sie allseitigere und gewaltigere Krisen vorbereitet, und die Mittel, den Krisen vorzubeugen, vermindert!

"Revolution ist nötig"

VORAN: Du gehst also davon aus, daß alleine eine bewußte sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft die Lösung der ökologischen Krise ermöglicht? Und daß. . .

Marx: . . . und daß also die Revolution nicht nur nötig ist, weil die herrschende Klasse auf keine andere Weise gestürzt werden kann, sondern auch, weil die stürzende Klasse nur in einer Revolution dahin kommen kann, sich den ganzen Dreck vom Halse zu schaffen und zu einer neuen Begründung der Gesellschaft befähigt zu werden.

VORAN: Vielen Dank für das Gespräch!

Marx: Nichts zu danken. . .

Engels: . . . es war in unserem ureigensten Interesse!

RAUBBAU AN DER NATUR

Wußtet Ihr schon, daß. . .

* . . daß die amerikanischen Farmer mit über 150 Milliarden Dollar verschuldet sind? Mehr als 50% des Farmeinkommens muß bereits für Zinszahlungen an die Banken aufgewandt werden. Die Abhängigkeit von wenigen Großbanken hat dazu geführt, daß diese fast jedem einzelnen Farmer vorschreiben können, was er anbaut, wann er erntet, ja welchen Dünger und welche Pestizide er zu benutzen hat. . .

* . . daß die amerikanischen Farmer in den letzten 30 Jahren ihren Verbrauch von Pflanzengiften verzehnfacht haben? Im gleichen Zeitraum haben sich die Ernteverluste verdoppelt. . .

* . . daß amerikanische Wissenschaftler errechnet haben, daß alle bekannten Ölrückstände der Welt in nur 11 Jahren verbraucht wären, wollte man die ganze Menschheit mit dem Energieaufwand der amerikanischen Landwirtschaft ernähren?

* . . daß die Landesanstalt für Bodenkultur in Bayern in 7 Jahren knapp ein Zehntel aller bayerischen Giftsprüh- und -nebelgeräte unter die Lupe nahm? Vier Fünftel (!) dieser freiwillig (!) vorgeführten Giftmaschinen waren nicht in Ordnung. . .

* . . daß durch die Chemie in der Landwirtschaft sich im letzten Vierteljahrhundert die Anzahl der Bienenvölker in der BRD halbiert hat? An der naturgegebenen Tatsache, daß 80% aller Befruchtungsvorgänge in der Pflanzenwelt ein Monopol der Honigbiene sind, hat sich natürlich nichts geändert. Also müssen teure Wander-Imker hunderte von Kilometern anreisen, um in manchen Gegen-

den z.B. die Obstplantagen befruchten zu lassen. . .

* . . daß nach Angaben der UNO schon 400 Insektenarten resistent (immun) gegen alle bekannten Pflanzenschutzmittel sind?

* . . daß der Grünlandbauer Siegfried Kuhlendahl aus Neveges und viele andere eine vernichtendes Urteil über die Chemie in der Landwirtschaft abgeben? Er schreibt über seine eigene 20jährige Giftpraxis: "Der Kunstdünger Aufwand hatte sich verdreifacht. Pflanzenschutz und Schädlingsbekämpfung mit chemischen Mitteln war nötig geworden. Der Kraftfutteraufwand hatte sich verdoppelt. Die Milchleistung der Kühe war aber nur um 1.000 Liter pro Kuh (ein Fünftel, d. Red.) gestiegen. Stoffwechsel-, Euter- und Klauenkrankheiten nahmen zu, und die Fruchtbarkeit ließ immer mehr zu wünschen übrig. Die Weiden hatten sich enorm verschlechtert, die Grasnarbe war sehr lückig geworden." Seine Tierarzt-Rechnung betrug bis zu 6.000 Mark im Jahr. — Dann stellte er auf "organisch-ökologischen Landbau" um. Die ersten Jahre brachten Rückschläge. Die Umstellung glich der Entziehungskur eines Drogenabhängigen. Nach acht Jahren zog er aber erneut Bilanz: "Das Wachstum auf meinem Grünland und der Ertrag haben sich in einer Art erholt, wie ich es nie für möglich gehalten habe." Seine 60 Kühe geben jetzt wieder genauso viel Milch wie vor seiner Umkehr (durchschnittlich 5.155 Liter pro Jahr); einen Tierarzt braucht er kaum noch. Sein Gewinn liegt über dem Durchschnitt des Kreises. . .

* . . daß Farmer und Wissenschaftler in Kansas (USA) vor der zunehmenden Austrocknung, Verhärtung und Erosion

des Bodens durch Monokulturanbau warnen? Dadurch und durch die wachsende Verwendung von Kunstdünger und Pflanzenschutzmitteln würden die organischen Bodenbestandteile zerstört. In Kansas sei der Boden schon bis zu einer Tiefe von einem halben Meter ausgehärtet. Die folgerichtiger benötigten stärkeren und tiefer greifenden Motorpflüge würden den Boden nur noch tiefer zerstören und die Erosion verstärken. Allein in den Mississippi werde täglich schon Mutterboden in der Größenordnung einer 40-ha-Farm gewaschen. . .

* . . daß die Erbmasse der Nutzpflanzen weltweit durch dauernde Inzucht zurückgeht? Folge: Immer größere Anfälligkeit für Pflanzenkrankheiten, die bei der vorherrschenden Monokultur die gesamten Ernten ganzer Kontinente bedrohen werden. Hunderte Millionen Menschen können davon betroffen sein (und nicht mehr "nur" Millionen wie bei der irischen Kartoffelkrankheit in den 1840ern). In den USA wird der Brotweizen zu 96% von nur 4 verschiedenen Sorten erbracht. . .

* . . daß weltweit ca. 20 Saatgutkonzerne (die meist im Besitz der Ölmultis sind) sich Patente (!) auf gewisse "Wundersorten der Zukunft" unter den Nagel gerissen haben? Diese "Wundersorten" selbst bringen zwar etwas höhere Erträge, sind aber fast unfruchtbar, also werden die Bauern jedes Jahr ihr Saatgut für die neuen Sorten von den Konzernen neu einkaufen müssen — samt zugehörigem Kunstdünger, sonst wachsen die Wunderpflanzen nämlich gar nicht. . .

* . . daß nur eine weltweite Planwirtschaft, welche die Naturgesetze bewußt anwendet und nicht umzustülpen versucht (wie es heute der Kapitalismus tut), eine Chance bietet, aus dem Schlamassel herauszufinden?



Sozialistische Anhänger nach dem Wahlsieg Mitterrands

Als vor einem Jahr der Sozialist François Mitterrand zum neuen französischen Staatspräsidenten gewählt wurde und wenige Wochen später die Linke in einem erdrutschartigen Sieg die Parlamentswahlen gewann, war dies Hoffnung und Vorbild für manchen Sozialisten in ganz Europa.

Bilanz eines "Modells"

Ein Jahr sollte Zeit genug sein, um eine erste Bilanz dieses "französischen Modells" zu ziehen. In diesem Jahr wurde in Frankreich weder abgerüstet noch grundlegende sozialistische Politik durchgeführt, ja nicht einmal der Lebensstandard der Arbeiter entscheidend erhöht oder der gesellschaftliche Reichtum wesentlich zugunsten der Arbeiter und der Armen umverteilt. Und jetzt fangen die führenden Genossen der französischen Regierung schon damit an, die Arbeiter zur "Mäßigung" bei den Lohnforderungen aufzurufen.

Die sozialistische Regierung hat in den ersten Monaten nach ihrem Amtsantritt durchaus einige längst überfällige Reformen

Keine Arbeiterpolitik ohne Bruch mit dem Kapital

durchgeführt und ist deshalb auch immer noch sehr populär.

Programm und Wirklichkeit

Mindestrenten und Mindestlohn sind angehoben worden, aber die Reichen sind reich und die Armen arm geblieben. Die versprochene Einführung der 35-Stunden-Woche soll jetzt zeitlich gestreckt über fünf Jahre stattfinden. Der Staat gleicht den Unternehmen die verlorengegangenen Profite aus.

Am 1. Februar diesen Jahres wurde die 39-Stunden-Woche eingeführt. In vielen Bereichen haben die Arbeitgeber versucht, damit auch die Löhne zu drücken, was zu vielen Streiks in Krankenhäusern, beim Zoll, bei der Bahn und in der Metallindustrie geführt hat. Als sich der sozialistische Arbeitsminister dafür stark machte, die Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich durchzuführen, zwang die Streikdrohung der Gewerkschaften Mitterrand dazu, von seinem Veto-

Französisches "Modell":

REFORMSTOPP STATT SOZIALISMUS

Keine Arbeiterpolitik ohne Bruch mit dem Kapital

recht als Präsident Gebrauch zu machen und zu verfügen, daß die eine Stunde doch bezahlt wird. Nächstes Jahr soll es keinen vollen Lohnausgleich geben, und die Zukunft, so Mitterrand, wird von der wirtschaftlichen Lage abhängen.....

Ein wichtiger Bestandteil im sozialistischen Wahlprogramm war auch die Verstaatlichung von elf der größten Konzerne gewesen. Inzwischen hat der französische Staat nur sechs davon übernommen. Den Aktionären wurden Entschädigungsgelder in Höhe von 55 Milliarden Franc gezahlt — das ist drei bis vier mal so viel, wie der Staat durch zusätzliche Besteuerung der Reichen reinholt. Gleichzeitig wurden die Forschungsmittel, also auch Zuschüsse an das Kapital, 1982 gegenüber 1981 versechsfacht. Sozialabgaben wurden für die Unternehmer gesenkt, für die Arbeiter erhöht. Außerdem verteilt die Regierung noch Investitionsbeihilfen an die Unternehmer.

Außenpolitisch ist der große

"Wandel" ohnehin ausgeblieben. Frankreich rüstet weiter auf. Dieses Jahr sind die Militärausgaben um 17% erhöht worden.

Die Erhöhung der Mindestrenten und Mindestlöhne hat viel Kaufkraft freigesetzt, aber den Aufschwung hat auch das nicht herbeigezaubert. Im Gegenteil: Zwischen Mai '81 und Mai '82 ist die Arbeitslosigkeit von 1,76 Millionen auf 2,1 Millionen angewachsen. Gleichzeitig ist die Inflationsrate auf 14% angestiegen. Im Mai '82 war das monatliche Außenhandelsdefizit Frankreichs so hoch wie noch nie zuvor in der Geschichte des Landes.

Kurswechsel

Nachdem der Preisanstieg im ersten Viertel 1982 mit 14% höher war als im ganzen Jahr 1982, will die Regierung jetzt mit einem Preis- und Lohnstopp die Lage wieder in den Griff kriegen. Aber dieses Mittel hat schon in der Vergangenheit nur zu einem getaugt — nämlich dazu, die Re-

allöhne zu senken. Die hohen Löhne seien an der Inflation Schuld, meinen die "sozialistischen" Minister. 1982 sollen die Lohnabschlüsse 10% nicht übersteigen, was einem Reallohnverlust gleichkommt.

"Linke" Alternativen?

Die französische Kommunistische Partei war immer für viele Linke in der BRD ein großes "eurokommunistisches" Vorbild. Doch die KP-Führung zieht bei dieser Politik voll mit. Hauptsache, so scheint es, sie behält ihre vier Minister im Kabinett. Auf dem Parteitag warb KP-Führer Marchais um "Geduld". Verkehrsminister Fiterman wollte die Fahrpreise für die Eisenbahn senken, Regierungschef Mauroy sagte "Non", Fiterman gab klein bei. Die KP verliert zur Zeit Mitglieder, Wähler und Leser ihrer Tageszeitung. Die Parteispitze wird unter starken Druck ihrer Basis kommen, sich von der Politik der Regierung abzusetzen. Es wird früher oder später so zum Rücktritt der kommunistischen Minister kommen. Aber dann werden sie sich genau über die Politik beschweren, die sie heute aktiv mit tragen!...

Das "französische Modell" droht Schiffbruch zu erleiden, so lange die sozialistische Regierung keinen klaren Bruch mit dem Kapitalismus vollzieht. Erst wenn sie alle Schaltzentralen der wirtschaftlichen Macht verstaatlicht sind und von den Arbeitern kontrolliert sind, können die Arbeitslosigkeit abgeschafft und die Reformen bezahlt werden. Sonst verhilft die bisherige Politik dem reaktionären Gaullistenführer Chirac an die Macht.

Hans-Gerd Öfinger

Für Arbeiterdemokratie in Polen

SOLDARITÄT — ABER WIE?

Die Kapitalisten im Westen, ihre Parteien und die bürgerliche Presse haben die Verhängung des Kriegsrechts in Polen vor einem halben Jahr dazu benutzt, die Idee des Sozialismus erneut in den Schmutz zu ziehen. Sie wollen damit von den Schwierigkeiten im eigenen Lager ablenken. Die Machthaber in Polen haben ihnen dabei hervorragend in die Hände gearbeitet.

Aus gutem Grund sieht der Westen aber davon ab, die polnische Militärregierung in zusätzliche ökonomische und politische Schwierigkeiten zu bringen. Im Gegenteil. Die ganzen Lebensmittelhilfen und die ganze Diplomatie laufen darauf hinaus, das Regime zu stützen. Das gilt auch für die US-Regierung, obwohl sie scheinbar einen harten Kurs einschlägt. Doch auch bei Reagan ist es notwendig, zwischen Worten und Taten zu unterscheiden.

Sanktionen

Die relativ schwachen Handelsverflechtungen zwischen USA und Ostblock erlauben es der Reagan-Administration, stärkere Worte gegenüber der Ostblockbürokratie zu benutzen als die westeuropäischen Regierungen.

Am meisten Wirbel verursacht die Verweigerung der Exportgenehmigung für die Ausrüstungen zur Erdölförderung und zum Bau von Erdgasleitungen. Doch diese Sanktion richtet sich wohl eher gegen die westeuropäischen Staaten als gegen die Sowjetunion.

Wie auf allen Märkten, so wird auch der Konkurrenzkampf auf dem Energiesektor stärker. Die amerikanische Kohleindustrie war schon immer ein erbitterter Gegner des Erdgasgeschäftes UdSSR-Westeuropa.

Kredite

Auch die Diskussion um die Polenkredite hat gezeigt, daß Reagan sehr wohl weiß, welche Linie im eigenen Interesse angebracht ist. Das Außenministerium erklärte ausdrücklich, daß eine Zahlungsunfähigkeitserklärung "der amerikanischen Politik zuwiderlaufe" und "es sei nicht die Absicht Washingtons, der polnischen oder sowjetischen Regierung eine Lektion zu erteilen". Außenminister Haig erklärte, daß man mit einer Zahlungsunfähigkeitserklärung bei den eigenen Handelspartnern und dem westli-



chen Bankensystem enorme Probleme verursachen würde. Anstatt Polen zahlungsunfähig zu erklären, hat es Reagan vorgezogen, für die polnische Bürokratie bei den Banken in die Bresche zu springen und die Übernahme überfälliger Schulden von 71 Mio. Dollar durch den amerikanischen Staat zugesagt.

Das westliche Kapital geht realistischere Wege davon aus, daß eine Rückkehr zum Kapitalismus im Ostblock nicht möglich ist — weder durch Konterrevolution noch durch Krieg gegen diese Staaten. Also gibt es nur die Möglichkeiten: Sozialismus oder Fortsetzung der stalinistischen Diktatur. Vor diese Alternative gestellt, zieht der Westen den Stalinismus allemal vor, bietet er doch die Möglichkeit zu anti-sozialistischer Propaganda. Eine wirkliche sozialistische Demokratie hätte dagegen eine enorme Anziehungskraft auch auf die

westlichen Arbeiter und wäre für das Kapital unendlich viel gefährlicher.

Entspannungspolitik

Leider unterscheidet sich das Verhalten der Gewerkschaftsführer und Führer der sozialdemokratischen und kommunistischen Parteien im Westen kaum von dem der Kapitalisten. Die diplomatischen Gespräche zwischen SPD-Funktionären und der Clique um Jaruzelki werten das Militärregime enorm auf, und das kann niemals im Interesse der Arbeiterbewegung sein. Der Dialog mit der Ostblockbürokratie wird verkauft als Fortsetzung der Entspannungspolitik. Aber was hat das mit Entspannung zu tun, wenn im Osten die Arbeiter durch eine Seite der "Entspannungspolitiker" unterdrückt werden und ihre Gegenspieler den Nato-Nachrüstungsbeschluß befürworten?!

Die Gewerkschaften im Westen und insbesondere in der BRD haben Solidaritätsveranstaltungen durchgeführt, wie sie sie bisher für die Türkei noch nicht auf die Beine gebracht haben. Der Tenor der ganzen Solidaritätswelle lief im Grunde darauf hinaus, bei den Gewerkschaftsmitgliedern Vorurteile gegenüber dem Sozialismus zu schüren.

Lebensmittelhilfe

Es kann niemals unser Interesse sein, daß die polnische Bevölkerung Hunger leidet. Lebensmittellieferungen an anonyme Empfänger bzw. in die Hände der polnischen Bürokratie oder der Kirche bewirken aber in erster Li-

nie, daß das System, das die miserable Versorgungslage zu verantworten hat, stabilisiert wird. Für "Solidaritäts"-mitglieder muß es ein Schlag ins Gesicht sein, daß ausgerechnet seit Verhängung des Kriegsrechts umfangreiche Lebensmittellieferungen nach Polen geschickt werden. Vor einem Jahr hätte die Bevölkerung sie genauso nötig gehabt. Lebensmittellieferungen sollten nur von Gewerkschaftern zu Gewerkschaftern gehen. Daß so was möglich ist, zeigt das Beispiel der Bremer Vulkan-Werft, deren Arbeiter direkt Lebensmittel an die Danziger Lenin-Werft geliefert haben.

Dagegen leitet der DGB seine materielle Hilfe über die katholische Caritas und das Rote Kreuz. Das polnische Rote Kreuz untersteht ebenso wie die Miliz und der Sicherheitsdienst dem Innenministerium.

Internationale Solidarität

Wir müssen in den Gewerkschaften und in der SPD dafür kämpfen, daß die organisierte Arbeiterbewegung im Westen, dem polnischen Militär, der ganzen Bürokratie um die sogenannte Kommunistische Parteien die Legitimation aberkennt, Vertreter der polnischen Arbeiterklasse zu sein. Unsere Aufgabe muß es sein, das Militärregime und die ganze Ostblockbürokratie durch massive Unterstützung der "Solidarität" zu schwächen. Unser Ziel muß sein, die stalinistische Diktatur zu stürzen und eine Arbeiterdemokratie zu errichten.

HANS BLUNCK, STUTTGART

Falkland - Krieg beendet

EINZIGER SIEGER: DIE RÜSTUNGSINDUSTRIE

Verwirrung unter Linken

In den letzten Tagen habe ich oft die Frage gehört, wer eigentlich von einem Krieg um zwei Felsen im Südatlantik profitieren könnte. Also, ich glaube, ich hab's. Eine englische Zeitung trägt folgende Überschrift: "Börsenhändler kämpfen jetzt miteinander" — um Rüstungsaktien natürlich. Falls Du einige Millionen locker hast, würden wir "GEC" empfehlen — diese Firma macht Radargeräte für Flugkörper und ihre Gewinne werden dieses Jahr um DM 450 Mio. steigen, und nächstes Jahr um 320 Mio. Aber Du brauchst Dich nicht darauf beschränken: alle Rüstungsgesellschaften erwarten Riesenprofite in diesem Jahr, und der Krieg dauerte nur ein Paar Wochen!

Wie in jedem kapitalistischen Krieg bekommen die Reichen das Gold und die Armen das Blei.

Die Bilanz des 74 Tage dauernden Krieges: auf britischer Seite 250 Tote, 750 Verwundete, 7 Schiffe, 20 Flugzeuge und Hubschrauber verloren. Die ganze Expedition hat den Briten etwa 6 Milliarden DM gekostet. Man darf raten, wer das bezahlen soll. Sicher nicht die Rüstungsaktiönäre.

Auf argentinischer Seite werden offiziell 2.000 Tote (bei insgesamt 3.000 Vermissten) gemel-

det. Man kann davon ausgehen, daß diese offiziellen argentinischen Zahlen eher noch untertrieben sind.

Jedenfalls ist festzustellen, daß mehr Soldaten ums Leben kamen als Menschen auf der Insel leben. Auf einen "befreiten" Inselbewohner kommt mindestens ein Todesopfer.

Erst das Geschäft, dann die "Moral"

Der Falklandkrieg hat den westlichen Regierungen gutgetan; erst seitdem die Inseln überfallen wurden, ist ihnen klar geworden, daß es an Menschenrechten in Argentinien mangelt, obwohl alle anderen es schon längst wissen. Nur die Sowjetunion scheint es inzwischen wieder vergessen zu haben. Seit der Machtübernahme der Junta sind 20 000 Gewerkschafter und politische Oppositionelle ermordet worden. Thatcher nannte die Junta sogar "faschistisch". Schade, daß sie das nicht wußte, als sie ihr so viele Waffen verkaufte.

Linke verwirrt

Der Falkland-Krieg hat auch gezeigt, in welche Verwirrung und Widersprüche ein solches Er-



Britischer Zerstörer "Sheffield"

eignis linke Gruppen und Parteien stürzt. Die Labour Party in Großbritannien unter Führung von Michael Foot, (ein Mann, der manch eine Friedensdemo mit seiner Anwesenheit beglückte) hatte nichts besseres zu tun, als ihre Zustimmung zu der Entsendung der Flotte zu geben, obwohl sie gegen deren Einsatz am Kriegsschauplatz war. Warum sie dann überhaupt dorthin schicken? Die Linke der Labour Party und Europas hat einfach eine pazifistische Position eingenommen und fordert den Rückzug der Truppen, ohne zu sagen wie. Ihre Alternativen zum Krieg sind genauso schwach — Lösung auf diplomatischem Wege durch die UNO, eine Organisation die während ihrer ganzen Existenz nicht in der Lage war, einen Krieg zu verhindern.

Wieder einmal kapituliert die

Führungsspitze der internationalen Sozialdemokratie (wie schon beim 1. und 2. Weltkrieg) vor imperialistischer Kriegspolitik. In der Sozialistischen Internationale zerstritten sich auf der Sitzung im Mai Sozialisten Europas und Lateinamerikas. Jeder betrachtete offenbar die Interessen "seiner" jeweiligen Kapitalisten auch als die eigenen.

Die SPD-geführte Bundesregierung oder die sozialistische Fraktion im Europaparlament mußten ebenfalls nichts besseres als die reaktionäre Thatcher-Regierung zu unterstützen.

Aber auch auf Seiten der Argentinien-Befürworter befanden sich merkwürdige Verbündete. Die Sowjetunion, Kuba, in der BRD: undogmatische Linke, Grüne, Alternative, — sie alle entdeckten ihr Herz für das Kolo-

nialland Argentinien, das von einer imperialistischen Großmacht herumgeschubst werde. Wie kann eine brutale Militär-Junta die Interessen der kolonialen Völker vertreten? Bei der Besetzung der Falklands/Malvinen ging es in erster Linie um Macht und Prestige der Junta, ganz und gar nicht um einen anti-imperialistischen Gegenschlag.

Imperialistische Kolonialländer

Abgesehen davon ist Argentinien selbst eine entwickelte Industriegesellschaft und hat eine eigene Kapitalistenklasse, die trotz Abhängigkeit und Unterwürfigkeit gegenüber den USA und anderen imperialistischen Staaten auch eigene Interessen verfolgt. (Dies zeigt doch gerade auch das Falkland-Abenteuer der argentinischen Generäle!) Ehemals koloniale Länder, besonders die größeren und industriell besser entwickelten, betreiben heute selbst eine imperialistische Politik (z.B. Indien, Südafrika). Die mechanische Einteilung in Industrieländer und "Dritte Welt", von denen letztere zu unterstützen ist, paßt heute nicht mehr. Die Politik eines Landes ist nicht schon deshalb fortschrittlich, weil sie von einem Ex-Kolonialland gegen eine westliche Industriemacht geführt wird.

Krieg und Klassenkampf

Im Falklandkonflikt sind zwei herrschende Klassen aufeinander gestoßen, die beide im Innern Probleme mit der Arbeiterbewegung haben. Der Krieg zeigt, zu welchen wahnwitzigen Abenteuern die Kapitalistenklasse fähig ist, wenn sie mit dem Rücken zur Wand steht.

Für beide ging es darum, von wirtschaftlichen Problemen abzulenken und neue Unterstützung der Bevölkerung zu gewinnen. Wer das blutige Poker um die Insel verliert, dessen Regime muß ins Wanken geraten. Dieser Prozeß zeichnet sich jetzt in Argentinien ab. Die herrschende Klasse ist tief gespalten, wie sie weiter verfahren soll — mit neuer Härte und noch brutalerer Unterdrückung oder mit vorsichtiger Liberalisierung. Wie immer sie sich entscheidet, sie wird ihre Macht nicht halten und die argentinischen Arbeiter — Leidtragende des Krieges — nicht länger zurückhalten können.

Auch in England wird die jetzige Stimmung schnell abebben und der graue Alltag mit 3 Mio. Arbeitslosen und sinkendem Lebensstandard wieder ins Bewußtsein zurückkehren. Thatcher wird um die Quittung für ihre Politik nicht herumkommen.

Stuart Garvie, Mitglied der Jungsozialisten Köln Altstadt-Nord

SÜDAFRIKA VOR DER EXPLOSION

Die derzeitige Wirtschaftskrise in Südafrika hat die Lage der schwarzen Arbeiterklasse weiter verschlimmert.

(Teil 2)

Die Arbeitslosenrate liegt bei 25% — natürlich sind davon fast ausschließlich schwarze Arbeiter betroffen, auch wenn die Regierung die Garantie für weiße Arbeitsplätze mit der ersten Krise Anfang der 70er Jahre aus wirtschaftlichen Gründen aufgehoben hat.

Durch enorme Preissteigerungen bei Lebensmitteln, Mieten, Strom, Schulgeld (für schwarze Kinder!), Krankenhauskosten usw. reicht das Einkommen der Schwarzen nicht mehr aus. Schätzungen zufolge kommen 18% des Einkommens schwarzer Haushalte durch Diebstähle und kriminelle Handlungen zustande — anders könnten sie sich kaum über Wasser halten.

Die Regierung ist dabei, sogenannte "homelands" (Heimatländer) im Inneren des Landes abzustocken, sozusagen Reservate für die Schwarzen. Sie will nach und nach alle Schwarzen zu Ausländern im eigenen Land machen. Dafür hat sie zehn öde und unfruchtbare Gebiete ausgesucht, die kaum 13% ausmachen. Die erhalten die Schwarzen als ihre "unabhängigen", eigenen Staatsgebiete. Vier "Länder" (Transkei, Ciskei, Venda und Bophuthatswana) sind schon formal unabhängig. Die dort lebenden Schwarzen haben eine eigene "Staatsangehörigkeit", arbeiten aber in der Republik Südafrika, weil die homelands niemanden ernähren können. 70% der zwei Millionen Einwohner in der Ciskei arbeiten in Südafrika; Frauen,

Kinder und Greise bleiben meist in der Einöde der homelands zurück. Wer als Einwohner der homelands in Südafrika arbeitet, ist dort "Ausländer" und "Wanderarbeiter". Als solche werden sie getrennt nach Geschlechtern in Wohnblocks gepfercht. Sie leben dort zu durch-



Arbeiter demonstrieren in den Vorstädten Kapstadts

schnittlich zehn Personen in winzigen, düsteren Räumen unter katastrophalen sanitären Verhältnissen, getrennt von ihren Familien. Immer wieder kommt es zum Ausbruch von Seuchen, die kaum eingedämmt werden können.

Schwarze Gewerkschaften

Die Schwarzen reagierten auf die Verschlechterung ihrer Lage in den letzten Jahren zunehmend mit der Bildung von Gewerkschaften. Gab es um 1970 noch durchschnittlich 20 Streiks im Jahr, so waren es 1981 bereits im Schnitt täglich drei Streiks bzw. innerbetriebliche Auseinandersetzungen. Fast immer endeten sie mit Lohnerhöhungen oder Anerkennung der Gewerkschaft im Betrieb.

Der Organisationsgrad hat ebenfalls stark zugenommen. Offiziell gibt es nur 200.000 registrierte Gewerkschaftsmitglieder — denn der Staatsapparat ver-

folgt und kontrolliert die registrierten Gewerkschaften. Man kann aber davon ausgehen — dies zeigt sich besonders bei großen Streikbewegungen — daß 75% der schwarzen Arbeiter hinter den Gewerkschaften stehen, Streikaufrufe befolgen und auch finanzielle Opfer dafür bringen.



Soweto

Der Zustrom zu den Gewerkschaften ist besonders seit dem Aufstand von Soweto stark angeschwollen. Dieser Aufstand in der schwarzen Vorstadt von Johannesburg wurde dadurch ausgelöst, daß der Unterricht an den schwarzen Schulen in der Sprache der (burischen) herrschenden Klasse abgehalten werden sollte. Schulkinder gingen auf die Straße und kämpften mit Knüppeln und Steinen gegen die Polizei. Jugendliche und Schüler von 13 bis 17 Jahren bildeten den Schülerrat von Soweto, der Protestaktionen und Streiks organisierte. Auf dem Höhepunkt des Aufstands gingen 250.000 Arbeiter — Schwarze und Mischlinge — in den Generalstreik. Der Staatsapparat konnte die Lage nur durch brutalstes Vorgehen wieder unter Kontrolle bringen und wurde durch den Aufstand in seinen Grundfesten

erschüttert.

African National Congress (ANC)

Seit diesem spontanen Aufruhr wird die oppositionelle Arbeit systematischer betrieben. Besonders der Afrikanische Nationalkongreß (ANC), der sich als Sammlungsbewegung der Schwarzen versteht und verboten ist, wurde zur wichtigsten oppositionellen Kraft, an der sich die meisten schwarzen Arbeiter orientieren.

Der Führung des ANC fällt in Zukunft eine große Verantwortung zu. In Südafrika steht die sozialistische Revolution auf der Tagesordnung, die einer entschlossenen und kampfbereiten Führung bedarf. Die Konzentrierung aller gewerkschaftlichen und politischen Kräfte des Landes auf der Grundlage eines sozialistischen Programms ist erforderlich. Die gegenwärtige Politik der ANC-Führung, die sich an der Guerilla-Taktik mit Sabotageaktionen und Bombenlegen orientiert und den entschlossenen Aufbau schlagkräftiger Gewerkschaften in den Wind schlägt, führt in die Sackgasse.

Südafrika ist auf dem afrikanischen Kontinent das Land mit der größten und am besten organisierten Arbeiterklasse. Wenn 1976 schlecht vorbereitete und unorganisierte Schüler und Jugendliche durch den Soweto-Aufstand das Regime in Bedrängnis bringen konnten — wieviel mehr kann dann erst eine gut organisierte Arbeiterklasse mit marxistischer Führung?

Jonathan Habeshwe (schwarzer Gewerkschafter aus Südafrika, z.Zt. im Exil)

Ausländische Arbeiter

GEWERKSCHAFTLICHE VERTRETUNG UNGENÜGEND

Ein türkischer Kollege aus Nürnberg berichtet

Ausländische Arbeitnehmer wurden und werden durch ihre mangelnde (qualitative) Berufserfahrung, durch Sprachschwierigkeiten, rechtlose Stellung, unzureichende Vertretung durch Gewerkschaften und politische Parteien gezwungen, mehr Leistung zu bringen und dies sogar für niedrigere Lohnzahlungen als einheimische Arbeiter.

In der Metallindustrie gibt es leider noch Lohngruppen von eins bis zehn.

Bei den Ausländern wurde oftmals ihr im Herkunftsland erlernter Beruf nicht anerkannt. Daher erhalten sie für gleiche Leistung nicht den gleichen Lohn. Besonders bei den ausländischen Frauen ist die Ausbeutung rentabel.

Viele Betriebe haben Frauen in der Fertigungsabteilungen oder Gießereien beschäftigt, z.B. an den Bohr-Fräsmaschinen, Gußputzereien, Kernmachereien u.a. wo die qualifizierten Arbeiter für gleiche Arbeit durchschnittlich Lohngruppe 7 bekommen würden. Die ausländischen Frauen bekommen für diese Arbeit zwischen Lohngruppe 3 und 4 (max.5), die ausländischen Männer bekommen zwischen Lohngruppe 4 und 5.

Man kann die Frage stellen, warum ausländische Arbeitnehmer Arbeit für niedrigen Lohn machen? Sie arbeiten unter physischem und psychischem Druck, weil sie herkommen, um Geld zu verdienen und zu sparen - durch

Verkauf ihrer Arbeitskraft - um in ihrer Zukunft ein "besseres" Leben zu erreichen. Wegen ungenügender gewerkschaftlicher Vertretung haben die ausländischen Arbeitnehmer versucht, durch höhere Leistung und Gehorsam von den Vorgesetzten genauso wie ihre einheimischen Kollegen behandelt zu werden.

Die Gewerkschaften haben sich zwar bemüht, die ausländischen Arbeitnehmer als zahlende Mitglieder zu gewinnen, jedoch hat auch die Vertretung der Arbeiter die ausländischen Arbeitskräfte als Kulls der BRD-Wirtschaft betrachtet.

Bis heute werden die ausländischen Kollegen von manchen Betriebsräten und Gewerk-

schaftern nicht gleich behandelt. Z. B. bei schlechterer Bezahlung für gleiche Arbeit bekommt man nicht selten zu hören: "Du hast keinen anerkannten Beruf. Es geht Dir hier bestimmt besser als in Deinem Land. In Deinem Land herrscht überhaupt keine Demokratie." Besonders während der Rezession heißt es: "Siehst Du die Arbeitslosigkeit? Sei froh, daß Du was hast."

Obwohl ein hoher Prozentsatz ausländischer Kollegen in der Gewerkschaft organisiert ist, hat



Millionster Gastarbeiter 1964

die Gewerkschaft noch keine Aktion für betriebliche Sprachkurse in Deutsch, Aufstiegsmöglichkeiten und Weiterbildung der Ausländer unternommen.

Die ausländischen Arbeiter machen alle Aktionen der Gewerkschaft aktiv mit. Bei vielen Streiks und Kundgebungen stehen sie an der Spitze.

Auch zu den aktuellen Themen der letzten Zeit - zunehmende Ausländerfeindlichkeit, Maßnahmen gegen Familienzusammenführung - hat die Gewerkschaft bis heute nichts unternommen und kritisiert diese Maßnahmen der Bundesregierung auch nicht in den Gewerkschaftszeitungen.

Aus Angst vor Arbeitslosigkeit:

GESELLENPRÜFUNG VERPATZT

VORAN sprach mit Manfred Schnell, 33 Jahre alt, gelernter Maurer, aktiv in der Gewerkschaft Bau-Steine-Erden, seit 1978 SPD-Mitglied und aktiver Juso im Kreis Hameln.

VORAN: Wie lange warst Du in dem Betrieb und wie waren die Arbeitsbedingungen?

Manfred: Ich war 15 Jahre im Betrieb beschäftigt und merke schon jetzt, daß die Arbeit ganz schön an die Gesundheit geht. 1978 habe ich eine Meniskusoperation machen lassen, die Ärzte haben das als "Sportlerkrankheit" abgetan, aber ich habe das im Betrieb bekommen. Außerdem habe ich - wie fast alle älteren Kollegen - einen Schulter-Nervenriß. Das merkst Du besonders im Herbst und Frühjahr bei der Nässe.

VORAN: Und wie war das mit der Entlassung?

Manfred: Im Februar habe ich die Papiere gekriegt, der Chef hat gesagt, ich solle im April noch mal nachfragen. Im März hat er dann angerufen, ich könnte wieder anfangen. Das habe ich getan. Dann war ich nach einem Verkehrsunfall ein paar Wochen krank geschrieben. Als ich dann am Freitag zur Firma ging, um nachzufragen, auf welcher Baustelle ich am Montag wieder anfangen soll, bekam ich dort den Kündigungsbrief - ab sofort! Hier im Arbeitsamtsbezirk Hameln sind 2 000 Bauhelfer und fast gleich viele Baufachwerker, also Ge-

Die ausländischen Arbeiter sind in vielen Bereichen benachteiligt:

-Trotz des hohen Anteils an den Hauptschulabsolventen und der Einführung der sogenannten "Maßnahmen für berufliche und soziale Eingliederung" (MBSE) bekommen immer noch die ausländischen Jugendlichen kaum einen Arbeitsplatz.

-Die Zahl der ausländischen Betriebsräte und Vertrauensleute ist immer noch niedriger als der Anteil der ausländischen Kollegen am Arbeitsplatz.

-Die Ausländer werden oft an Fertigungsmaschinen eingesetzt, die ziemlich alt und abgenutzt sind und weniger Leistungen bringen können. Dadurch ist ihr Akkord schlechter; zusätzlich sind sie auch oft in einer niedrigeren Lohngruppe als einheimische Kollegen. Daher sind sie gezwungen - direkt oder indirekt - mehr Stunden "arbeiten zu wollen", damit sie ein paar Groschen sparen können.

Wir ausländischen Arbeiter fühlen uns in der BRD nicht sicher, weil wir ein Grundgesetz und ein Ausländergesetz haben. Das Grundgesetz spricht von den Menschenrechten, ohne Unterschied der Rasse, der Nationalität, Sprache usw.; das Ausländergesetz spricht mehr von den Belangen der Bundesrepublik. Das heißt, wenn der Aufenthalt eines ausländischen Arbeiters nicht den Belangen der BRD dient, kann er ausgewiesen werden.

Der Kapitalismus - besonders der deutsche Kapitalismus - beschwichtigt die einheimischen Arbeiterschaft und einen großen Teil der Bevölkerung durch Beschuldigungen, daß die Arbeitsemigranten der Hauptfaktor der Krise seien, obwohl sich die Krise alle paar Jahre in der kapitalistischen Gesellschaft wiederholt.



Dieter Janßen, KV Ostalb

Am 14. Mai 1982 führen wir als Delegierte zur Landesdelegiertenkonferenz (LDK) der Jungsozialisten Baden-Württemberg in Buchen/Odenwald. Unsere Hoffnung, daß diese Konferenz eine Stärkung der Jungsozialisten und die Ausarbeitung eines klaren sozialistischen Programmes bringen würde, wurde schon am ersten Abend enttäuscht. Der scheidende Landesvorstand stellte in seinem Rechenschaftsbericht resigniert fest: "Die ökonomische Entwicklung und die Reaktion von SPD und sozialliberaler Koalition haben 1981 die Rahmenbedingungen für sozialistische Politik erschwert." Dies wurde zu Recht von mehreren Delegierten kritisiert.

Juso-Landeskonferenz

KEINE IMPULSE FÜR DIE PRAXIS

Gerade in der kapitalistischen Krise wird das Vertrauen der Arbeiterklasse in dieses System erschüttert und die Bereitschaft, über sozialistische Lösungen zu diskutieren, wächst. Auch war im Rechenschaftsbericht viel von Friedens- und Schülerarbeit die Rede, doch die Demonstration der 70.000 Gewerkschafter in Stuttgart (November 1981) gegen die Rotstiftpolitik der Regierung blieb ebenso unerwähnt, wie Massenentlassungen bei Videocolor, Dual, Kreidler und anderen.

Nach dem Mittagessen stand eine Rede des SPD-Landesvorsitzenden Ulrich Lang auf dem Programm. Als seine Rede überhaupt nicht aufhören wollte, verließen immer mehr Delegierte den Saal (Kommentar: "Jetzt weiß ich, wo das Wort 'Lang-weilig' herkommt.>").

Sonntagmorgens begann die Antragsberatung und Abstimmung. Die Anträge des Landesvorstandes zur Wirtschafts- und Sozialpolitik (z.B. die For-

derung nach einer Arbeitsmarkt-abgabe für alle Erwerbstätigen) bieten für die tägliche Arbeit von Jungsozialisten überhaupt keine Grundlage. Viele Delegierte hatten dies erkannt und gegen diese Anträge gestimmt. So wurden davon nur zwei mit knapper Mehrheit angenommen und einer sogar abgelehnt.

Abschließend kann man sagen: die LDK bot insgesamt ein schwaches Bild, von 169 Delegierten waren nur 122 anwesend. Die von uns erhofften Impulse für unsere tägliche Arbeit blieben aus. Uns scheint es, daß den Jusos Hochschulpolitik wichtiger ist, als endlich eine breit angelegte Kampagne gegen die Jugendarbeitslosigkeit zu starten. Trotzdem werden wir bei den Jusos weitermachen, um vor allem Arbeiterjugendliche für unsere Ziele zu gewinnen.

Thomas Melchert, Dieter Janßen, Delegierte aus dem KV Ostalb

"REDS" - EIN HAUCH VON REVOLUTION

Seit ungefähr zwei Monaten läuft der Hollywood-Film "REDS" in bundesdeutschen Kinos. Im Mittelpunkt steht der amerikanische Kommunist John Reed und seine Freundin, die Journalistin Louise Bryant. Beide reisen 1917 nach Rußland und werden Augenzeugen der entscheidenden Phase der Russischen Revolution. John Reed schrieb danach das berühmte Buch "10 Tage, die die Welt erschütterten" - der lebendigste und mitreißendste Bericht der Oktoberrevolution.

Wer von der Geschichte wenig weiß, für den liefert der Film bezüglich der Russischen Revolution und die Weltlage während und Ende des 1. Weltkrieges mehr Fragen als Antworten. Stoff des dreieinhalb Stunden langen Films ist hauptsächlich die bewegte Liebesbeziehung zwischen John Reed und Louise Bryant. Die politischen Ereignisse in den USA und in Rußland sind nur Rahmenhandlung. Dennoch vermittelt der Film klar und deutlich die Ursachen des 1. Weltkrieges und zeigt auf, daß nur die Bolschewiki mit ihrem revolutionären Programm fähig waren, den Krieg zu beenden. Jeder, der in der

Friedensbewegung aktiv ist, sollte sich den Film ansehen.

Es wird in dem Film auch angedeutet, weshalb die Revolution nicht in den USA stattfand: weil die Führer der Sozialistischen Partei vor der Kriegspolitik Wilsons kapitulierten. John Reed und andere linke Genossen werden wegen ihrer Opposition gegen diese Politik aus der Sozialistischen Partei hinausgeworfen und gründen die Kommunistische Partei. Als Vertreter dieser Partei geht John Reed 1920 ein zweites Mal nach Rußland. Er kämpft für die Aufnahme seiner Partei in die Kommunistische Internationale. Doch in Rußland hat sich die Szene geändert. Lenin und Trotzki, die Helden der Revolution, verlieren an Einfluß.

Die absolute Schwäche des Films besteht darin, daß die Entartung der Russischen Revolution völlig unvermittelt dargestellt wird. Lenin und Trotzki verschwinden plötzlich von der Bildfläche. Die Szene wird beherrscht von Parteimitgliedern, denen es nur noch um ihre eigene Machterhaltung geht. Wie es aber dazu kommen konnte, darüber kann der Zuschauer nur rätseln. Viele



Louise Bryant und John Reed

Kinobesucher werden deshalb zu dem Ergebnis kommen, daß sich das politische Engagement der Filmhelden nicht gelohnt hat. Scheinbar hat die Politik ihre Beziehung unter unnötige Belastungen gestellt. Es entsteht der Eindruck, als wäre die Revolution umsonst gewesen. Und schließlich muß John Reed sogar in jungen Jahren sein Leben lassen - und wofür?

Für politisch interessierte Kinobesucher ist der Film trotzdem empfehlenswert. Er liefert viel Stoff zu Diskussionen und Anregungen, sich mit der Geschichte der Russischen Revolution zu befassen.

Hans Blunck

VORAN-Interview mit einem Stahlarbeiter von Hoesch

“DER SOZIALPLAN MACHT DEN ARBEITER ZUM SOZIALFALL”



Hans Nau: "Die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich muß kommen."

VORAN: Hans, was und wo arbeitest Du?

Hans: Ich arbeite als Stahlrevisor (u.a. Materialprüfer) in der Feineisenstraße im Walzwerk.

VORAN: Was hat Dich veranlaßt, gewerkschaftlich aktiv zu werden?

Hans: Jedes Jahr wird der Unfallbericht vom stellvertretenden Betriebschef vorgelesen. Der meinte, wenn Unfälle vorkommen, dann seien die Arbeiter selbst daran schuld. Die Arbeiter wären manchmal "geistig umnachtet". Das hat mich auf die Palme gebracht.

VORAN: Du bist stellvertretender Vertrauensmann. Kannst Du etwas über Eure Arbeit und Euer Verhältnis zum Betriebsrat erzählen?

Hans: Ich bin Anfang dieses Jahres als stellvertretender Vertrauensmann gewählt worden. Wir sind nicht freigestellt, wie etwa der Betriebsrat. Das ist auch ganz gut so. Der Betriebsrat hat mit der Arbeit und den Kollegen nicht mehr viel gemeinsam. Der kennt die Interessen der Arbeiter gar nicht mehr richtig.

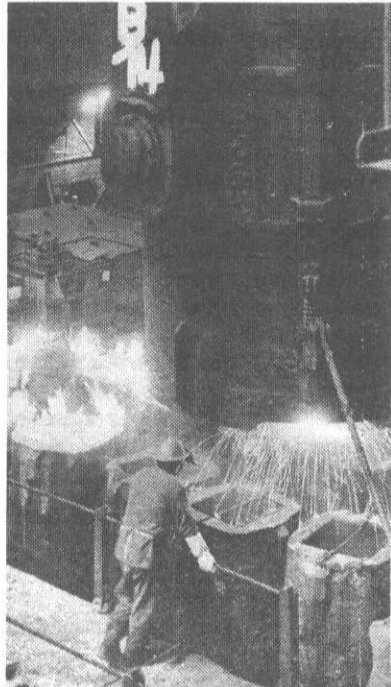
Die Zusammenarbeit zwischen Vertrauensleuten und Betriebsrat beschränkt sich auf Informationsstunden. Der Betriebsrat ist bisher selten auf unsere Anregungen eingegangen.

VORAN: Wie reagieren die Kollegen auf dieses Verhalten?

Hans: Je mehr rationalisiert wird, desto mehr nimmt die Solidarität ab. Gerade die älteren Kollegen haben Angst um ihren Arbeitsplatz. Die Kollegen, die etwas tun könnten, die tun nichts: die sitzen auf ihren Pöstchen, wie die Hühner auf ihren Eiern!

VORAN: Was müßte getan werden, um eine gute Betriebsratsarbeit zu gewährleisten?

Hans: Ich meine, daß der Betriebsrat freigestellt sein muß, um gute Arbeit machen zu können. Denn die gegenwärtige Absicherung reicht noch nicht aus. Der Betriebsrat sollte außerdem mehr von der Basis kontrolliert werden, damit er auch weiß, was die Kollegen wollen.



VORAN: Wie sieht es mit der Stahlindustrie in Dortmund aus?

Hans: Vor wenigen Jahren gab es noch 38.000 Stahlarbeiter in Dortmund. Momentan gibt es noch knapp 20.000. Ein Ende der Rationalisierungspolitik ist nicht in Sicht. Dieses Jahr sollen noch einmal 700 Kollegen entlassen werden.

VORAN: Welche Maßnahmen sollten Deiner Meinung nach gegen die Arbeitslosigkeit verfolgt werden?

Hans: Die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich muß

kommen. Sie ist die Voraussetzung, daß die Probleme langfristig gelöst werden.

Der Stahlpreis ist von Mitte '81 bis Mitte '82 um 40% gestiegen. Wir haben seit zwei Jahren keine Realloohnerhöhung mehr gehabt — nur 4,2% nominal. Wo jetzt aber das Unternehmen in die roten Zahlen kommt, sind die 4,2% an der Krise schuld.

Die Finanzierung des Sozialplans wird immer schwieriger. Jetzt sollen sogar die Kollegen, die sich ein Häuschen vom Munde abgespart haben, dies mit einer Hypothek belegen! Der Arbeiter wird durch den Sozialplan zum Sozialfall gemacht! Dabei hat doch der Arbeiter seit 30 Jahren seine Knochen für die Wirtschaftsbesse hingehalten — und so sieht für viele dann das Ende aus.

VORAN: Ist die Krise auf das persönliche Versagen von Einzelnen zurückzuführen?

Hans: Die Ursachen der Krise liegen natürlich nicht an einzelnen Personen, sondern im kapitalistischen System selbst. Ich glaube, daß man diese ganze Mißwirtschaft nur durch eine sozialistische Gesellschaftsordnung abstellen kann. Diese herbeizuführen war ja einmal Aufgabe der SPD. Doch mit der jetzigen SPD sieht es schlecht aus: in Dortmund hat die SPD in den letzten Bundestagswahlen 59% der Stimmen bekommen. Bei der nächsten Wahl wird sie wohl nur noch um die 40% kriegen. Das wird so aussehen wie in Hamburg — das war ja auch einmal eine Hochburg der SPD.

VORAN: Was sind Deiner Meinung nach die Ursachen für die Krise der SPD?

Hans: Die SPD hat bisher noch keine einzige Absichtserklärung des Godesberger Programms ver-

wirklicht. Es ist ein Hohn, was sich heute in der SPD abspielt (Coppik, Hansen). Wenn ich mir den Börner und die Startbahn-West ansehe...

VORAN: Viele Jugendliche werden in Dortmund keine Arbeit finden...

Hans: Die Maßnahmen der SPD zur Jugendarbeitslosigkeit, z.B. 10. Pflichtschuljahr, haben doch nichts gebracht. Die Arbeitslosigkeit wird nur um ein Jahr verschoben.

VORAN: Was tut die SPD hier gegen die Stahlkrise, welche Forderungen hat sie?

Hans: Die Wirtschaftsbesse manipulieren die Betriebsräte durch Fehlinformationen. Diese werden dann an die Kollegen weitergegeben. Der Betriebsrat sagt dann fälschlicherweise, daß die Unternehmensleitung alles im Griff hätte. Doch das einzige, was bis heute geschehen ist, ist der Arbeitsplatzabbau. Die SPD äußert sich zu diesen Problemen nur zögernd — auch aus Angst, Stimmen zu verlieren. Sie beruft sich bei ihrer Hinhaltetaktik auf die Informationen von Betriebsrat und Geschäftsleitung, die sagen, es sei alles klar.

SPD-Alleinregierung in NRW

BILDUNGSPOLITISCHER AUSVERKAUF

Am 26. Mai demonstrierten in Düsseldorf 11 000 Arbeiter und Angestellte der Studentenwerke, Studentinnen, Studenten und Hochschullehrer Nordrhein-Westfalens gegen die Rotstiftpolitik der NRW-Landesregierung. Auslöser des Protests: Das "Konzentrationspapier" des Ministeriums. Es markiert einen totalen Wendepunkt in den bildungspolitischen Zielen der SPD-Alleinregierung. Unter dem Zeichen der allgemeinen kapitalistischen Krise werden alle ehemals angestrebten Reformen im Bildungsbereich in den Wind geschrieben: die vormals propagierte Chancengleichheit findet nicht statt:

- *Die Lehrmittel- und Fahrgeldzuschüsse sollen eingeschränkt
- *Die erneuten Verschlechterungen beim ohnehin schon zu knappen BAFöG versagen besonders den Arbeiterkindern den Zugang zu höheren Schulen und zu Hochschulen.

- * Im öffentlichen Dienst in NRW sollen 1982 über 7 000 Stellen gestrichen werden, davon allein 4 400 im Lehrerbereich. Nur jede dritte freierwerdende Stelle wird wiederbesetzt — und dies erst nach sechs Monaten.
- * 60 000 Studienplätze und 2 500 bis 3 000 Stellen sollen an den Hochschulen dem Rotstift zu Opfer fallen.

"Viele Abiturienten werden aufgrund der immer schlechter werdenden Studienbedingungen auf den Lehrstellenmarkt drängen. Dort werden sie mit den Haupt- und Realschulabgängern um die viel zu knappen Lehrstellen konkurrieren", heißt es im "Rot-

stift-Express", der auf der Demo an uns verteilt wurde.

"Ich bin SPD-Mitglied im Rhein-Sieg-Kreis", erzählt mir ein Teilnehmer, "allerdings bin ich nicht mehr aktiv. Ich kann mich ja eher mit den Forderungen der Bremer Grünen identifizieren — nur: an der SPD führt kein Weg dran vorbei. Aber wie soll man in dieser Partei den Sozialismus durchsetzen?"

Die Stimmung im Demonstrationzug ist geprägt von der Betroffenheit, von dem Willen, etwas gegen den "Konzentrationsplan" zu unternehmen.

Doch die bange Frage, wie man sich erfolgreich wehren kann, ist überall zu spüren. "Demonstrieren und politisches Bewußtsein zu haben sind zweierlei Sachen." Meint ein Student.

Viele fühlen sich alleingelassen in ihrem Protest. Niemand auf der politischen Ebene greift unsere Forderungen auf. "Weißt Du, viele von uns haben die Schnauze voll von den Schlagworten der Politiker, besonders von der Scheinheiligkeit der SPD", sagt mir ein Demonstrant. Wen wundert es da, denke ich mir, daß sich viele von der Politik zurückziehen. Das Gefühl einer ohnmächtigen Wut ist überall festzustellen.

Der rege Beifall für das "Lied zum Aussteigen" widerspiegelt die Stimmung von vielen. Aber: protestieren und dann aussteigen — ist das die Lösung? Wir müssen uns politisch wehren!

Ingolf Becker

Lehrerarbeitslosigkeit:

LIEBER IM SUPERMARKT?

Felicity Bull
SPD Köln

Rätsel des Monats: in welchem Beruf muß man ein Universitätsstudium, 1. und 2. Staatsexamen und zwei Jahre praktischer Ausbildung hinter sich gebracht haben, um hinterher arbeitslos zu sein...?

Eine Genossin in unserer Juso-AG hat ein halbes Jahr auf die Einstellung als Referendarin warten müssen, im Zuge der in NRW zur Verdeckung der Arbeitslosenzahlen 1981 eingeführten "Wartezeiten". Ohne Arbeitslosenunterstützung, versteht sich. Sie mußte in einem Kaufhaus arbeiten gehen, um ihre Schulden aus der Studienzeit abzuzahlen und verdiente knapp 1.000,- DM bei 40 Wochenarbeitsstunden. Seit dem 1. Februar 1982 arbeitet sie als Referendarin für etwas weniger (die Gehälter der auszubildenden Lehramtsanwärter für die zweijährige Referendarzeit werden auch noch um 14% gekürzt), und schätzt ihre tatsächliche Wochenarbeitszeit auf 60-80 Stunden. Sie fragt sich, ob

sie nicht besser im Supermarkt geblieben wäre!!

Chancengleichheit?

Für die Haupt- bzw. Berufsschulabgänger heißt ein schlechter Abschluß bei der heutigen Jugendarbeitslosigkeit ewige Existenzangst.

Es ist nicht weit her mit dem Argument von den "geburtenschwachen Jahrgängen", das die Nichteinstellung junger Lehrer rechtfertigen sollte. Auch wenn es rein zahlenmäßig stimmen sollte, reicht die Zahl der zur Zeit eingestellten Lehrer schon heute überhaupt nicht aus. Viele Fachlehrer fehlen. Stunden fallen bei Krankheit oder Mutterschaftsurlaub des Lehrpersonals einfach aus. Das geht eindeutig zu Lasten der Schüler.

Eine Gesellschaft, die Kürzungen im Ausbildungsbereich bewußt in Kauf nimmt, um Atomraketen und Kernkraftwerke zu finanzieren,

versperrt sich den Weg zu einer besseren Zukunft, technologisch, kulturell und sozial gesehen.

Wir wehren uns dagegen, daß in irgendeinem Bereich die Arbeitszeitverkürzung einer Lohnkürzung gleichkommt. Wenn jeder ausgebildete Lehrer eingestellt wird, wird es möglich sein, die allgemeine Arbeitszeit für Lehrer zu senken und eine Klassenstärke von nicht mehr als 25 Schülern zu erreichen. Die sofortige Einführung der Gesamtschule als Ganztags- und Regelschule im ganzen Bundesgebiet würde sicherstellen, daß kein ausgebildeter Lehrer arbeitslos bleibt. Doch nicht einmal im mehrheitlich SPD-regierten NRW hat die Partei den Mut, ihre alte Forderung zu verwirklichen!

Die Schul- und Weiterbildung darf nicht dem Kapital ausgeliefert bleiben. Sie muß von der Arbeiterbewegung zusammen mit Lehrern, Eltern und Schülern kontrolliert und verwaltet werden.

Aachen: Warnstreik gegen Zumutbarkeitserlass

Vor einigen Wochen verließen 300 Beschäftigte der Firma Garbe, Lahmeyer & Co. (Aachen) für eine halbe Stunde ihren Arbeitsplatz. Streik! Worum gings? Gegen die Firmenleitung? Um Tarifauseinandersetzungen? Nein. Der Grund war die von der Bundesregierung beschlossene Verschärfung der "Zumutbarkeitsregelung für Arbeitslose". Es war folglich ein politischer Streik.

"Es ist nach unserer Auffassung ein Skandal und ein Zeichen absoluter Arbeitnehmerfeindlichkeit, wenn denjenigen, denen die Existenzgrundlage schon durch die Unternehmer genommen wurde, der klägliche Rest sozialen Besitzstandes auch noch per Zwangsverfügung durch die Volksvertretung weiter geschmälert wird. Was damit erreicht und sicher auch gewollt ist, das ist zusätzlicher Druck auf unsere arbeitslosen Kolleginnen und Kollegen, die der Willkür der Arbeitsämter und einzelner Beamter ausgeliefert werden. Darüber hinaus werden mit solchen Verfügungen die Bedingungen geschaffen, die die Unternehmer sich wünschen, um zu billigen und willfähigen Arbeitskräften zu kommen."

Die IG Metall-Vertrauensleute hatten ein Protestschreiben an Bundeskanzler und Arbeitsminister (beide SPD) geschrieben.

Sie erhielten keine Antwort, nur eine Notiz über den Posteingang (!). Daraufhin kam es zum spontanen Warnstreik. Während der Aktion wurde ein erneuter Protestbrief an die Regierung abgeschickt, mit der Forderung, die Zumutbarkeitsregelung unverzüglich zurückzunehmen. Gleichzeitig gingen auch Briefe an die Vorstände von IG Metall und SPD ab. In dem Schreiben an die IG Metall heißt es:

"Im Hinblick auf das, was uns noch bevorsteht, und dabei wurde insbesondere die Wiedereinführung der Karenztage im Krankheitsfall angeführt, womit aufgrund der massiven Angriffe auf die Lohnfortzahlung gerechnet werden muß, wird die Forderung nach Generalstreik als die einzig richtige und notwendige Antwort der Gewerkschaften begründet."

Fazit: Die Politik der SPD-geführten Regierung verdient längst nicht mehr das Prädikat "arbeitnehmerfreundlich". Wenn sie auf dem eingeschlagenen Weg weitergeht, wird sie sich nicht wundern müssen, wenn in den nächsten Jahren immer mehr Belegschaften so weit gehen werden, daß sie ihre Wut und Enttäuschung sogar in einem (eigentlich illegalen) politischen Warnstreik Ausdruck verleihen.

ALS FACHARBEITER ENTLASSEN ALS HILFSARBEITER WIEDER GEHOLT

(Un-)Zumutbarkeitserlass

Unser Mitarbeiter Rolf Lubbe sprach mit Herbert Walz, Stahlbauschlossler aus Oberhausen. Er ist 39 Jahre alt, Mitglied der IG Metall und Vater zweier Kinder.

VORAN: Kollege Walz, wie wirkt sich bei Dir der neue Zumutbarkeitserlass aus?

Herbert: Zuerst sollte ich erwähnen, daß es bei dieser Neuregelung keine generelle Handhabung für alle gibt.

VORAN: Und Dich trifft diese unklare Lage besonders?

Herbert: Klar, in meinem Beruf gibt es langfristig immer mehr Arbeitslose, und so stufen die unserelns bevorzugt zurück. Das Arbeitsamt sagt sich heute, 'Hauptsache die Leute unterge-

bracht, und nach uns die Sintflut'.

VORAN: Würdest Du uns nun etwas genaueres zu Deinem Schicksal sagen?

Herbert: Klar, ich habe Stahlbauschlossler gelernt und zuletzt in einem mittelständischen Unternehmen gearbeitet. Wir haben hauptsächlich Stahlgerüste für Großbauten gemacht. Auch Industrieanlagen und so. Aber dann mußte der Laden zugemacht werden, obwohl es genug zu tun gab.

Ganz konkret: Fachkräfte, Maschinen, Baumaterial und Arbeit gibt es genug, es fehlt das Geld. Aber wenn wir trotz alledem nicht arbeiten, gibt es auch keine finanziellen Mittel mehr, um Arbeitsplätze zu schaffen und Wohnungen. Ich verstehe die Leute, die dagegen auf die Barrikaden gehen.

Das Arbeitsamt hat mir dann einen Job angeboten, wo ich sogar ins Ausland gemußt hätte. Das wollte ich nicht. Ich habe ja noch Familie, und die hätte ich dann wochenlang nicht gesehen. Hinzu kam, daß man bei unserem Job meist im Freien arbeiten muß und daß meine Gesundheit dadurch auch nicht mehr die beste ist.

Auf jeden Fall haben die meine Einstellung herausgezögert und warteten wohl auf einen Jüngeren. Den haben sie dann auch gefunden. Das Arbeitsamt hat dann behauptet, ich wäre schuld, weil ich wohl von der Stelle nicht so begeistert war. Dann haben die angedeutet, daß sie mir die Arbeitslosenunterstützung für vier Wochen streichen könnten. Das ist auch neu. Früher konnte man mehrmals ablehnen, heute muß man zumutbare Stellen annehmen, sofort.

VORAN: Was heißt 'zumutbar'?

Herbert: Das heißt, daß man eine längere Anfahrtszeit, weniger Lohn und berufliche Herabstufung akzeptieren muß. Es gibt Unternehmen, die das ausnützen.

Wenn die das in Zukunft raffiniert anfangen, schmeißen die Ihre Facharbeiter bis auf wenige 'raus, holen sie sich als Hilfsarbeiter wieder und bezahlen sie auch so.

VORAN: Aber es sagen sich doch viele: lieber weniger Geld und Hilfsarbeiter als arbeitslos.

Herbert: Das ist ja das Raffinierte: man setzt die Arbeitslosen unter finanziellen und moralischen Druck, Faulpelze und soziale Hängematte und so, und haut sie dann mit solchen dubiosen Regelungen in die Pfanne. Wie mich. Ich muß jetzt praktisch eine Stelle als besserer Hilfsarbeiter annehmen, um nicht meine Unterstützung zu verlieren.

VORAN: Fazit: Die Arbeitnehmer müssen wieder bluten, damit sich das Kapital gesundstoßen kann. Aber wie siehst Du die Hintergründe dieser Regelung und dieser Politik?

Herbert: Wir im Ruhrgebiet haben noch 1980 im Wahljahr unsere Hoffnungen auf die SPD gesetzt. Der Schmidt hat ja gesagt, bei einer Strauß-Regierung gibt es die soziale Demontage. Das gilt ja heute immer noch, das ist wohl klar. Die FDP ist ja auch eine Partei des Kapitals und des Mittelstandes und vertritt nicht unsere Interessen. Deshalb fliegt sie ja überall in den Industrieregionen 'raus. Wir haben immer gedacht, die FDP erpreßt unsere Leute. Stimmt ja auch, aber daß die SPD eine solche Politik auf dem Rücken ihrer eigenen Wähler, der Arbeitnehmer, macht und zuläßt, das kann doch wohl nicht nur die Schuld der FDP sein. Meiner Meinung nach haben die sich vergallopiert und wissen nicht mehr aus noch ein.

Man muß ja auch sehen, daß die CDU mit uns noch härter umspringen würde. Das schreckt momentan noch vor Druck auf solche Leute ab. Aber wenn es uns von denen ans Eingemachte geht, dann werden sicher mehr Leute nachdenken und handeln, also eine andere Politik fordern. Bel uns gärt es.



Die betroffenen Belegschaften sind zum Kampf bereit. In Gelsenkirchen, in Tübingen und in Berlin fanden Warnstreiks und Protestkundgebungen statt.

AEG-Konzern...

Diese demokratische Kontrolle könnte so aussehen, daß die Unternehmensleitung wie folgt zusammengesetzt ist:

- ein Drittel direkt gewählte Vertreter der Belegschaft von AEG, damit die unmittelbaren Interessen der Beschäftigten zur Geltung kommen;
- ein weiteres Drittel Vertreter der Gewerkschaft, damit auch die Interessen und Erfahrungen anderer Belegschaften derselben oder auch anderer Branchen wie der Zulieferindustrie berücksichtigt werden.
- das letzte Drittel Vertreter des Staates.

Der Bevollmächtigte der IG Metall Stuttgart, Ernst Eisenmann,

Fortsetzung von Seite 1

hat eine Koordination von Produktion, Kapazitäts- und Personalplanung auf nationaler Ebene für Hausgeräte gefordert. Sicher liefe vieles besser, wenn in der gesamten Branche die Produktion aufeinander abgestimmt wäre, wenn nicht aus Konkurrenzgründen in jeder Firma die gleichen, kostenträchtigen Investitionen für eine ähnliche Produktpalette durchgeführt würden, die insgesamt nur Überkapazität schaffen. Das geht natürlich nur bei einer Verstaatlichung unter demokratischer Kontrolle.

Arbeitszeit verkürzen

Die Rahmenplanung könnte dabei viele Kosten senken. Für

doppelte Investitionen, für doppelgleisige Entwicklung und Forschung, für Werbung, für Energie- und Rohstoffkosten. Die gesamte vorhandene Arbeit könnte auf alle aufgeteilt werden, was zur Verkürzung der Arbeitszeit führt. Durch die Einsparungen wäre dies bei vollem Lohnausgleich finanzierbar.

- *Nein zu Sozialplänen und Arbeitsplatzabbau
- *Nein zu weiteren Opfern der Belegschaft und weiterer Verschwendung öffentlicher Gelder
- *Für die Verstaatlichung von AEG
- *Für eine demokratische Arbeiterkontrolle und -verwaltung des verstaatlichten Konzerns.

Angela Bankert

ABONNIERT VORAN

Ich möchte VORAN abonnieren...

und habe 7,- DM auf das Postscheckkonto Hans-Gerd Öfinger, PschA Essen Nr. 170 20-433 überwiesen. (Abopreis für sechs Ausgaben). Lieferung ab Nr. 59 erfolgt nach Zahlungseingang.

Name: _____

Adresse: _____

Redaktion "Vorán" 563 Remscheid, Hommesbergerstr. 75